



### Organspende

S. 3

Kein Ruhmesblatt: In NRW ist die Bereitschaft zur Organspende vergleichsweise gering. Mangelnde Bereitschaft oder bürokratische Hemmnisse? Dazu debattierte der Landtag über einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion.

### Gesundheit

S. 6

Das Wohlergehen der Kinder gibt Anlass zur Sorge. Eine Studie belegt: Kinder aus einkommensschwachen Familien oder mit Zuwanderungsgeschichte haben höhere Gesundheitsrisiken als andere im selben Alter.

### Ermittlung

S. 13

In Essen am Klinikum soll nach dem Motto verfahren worden sein: Operation gegen Geldspende. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft. Der Gesundheitsausschuss befasste sich kritisch mit den Vorfällen.

### Erinnerung

S. 21

Mitten im Wahlkampf 1980 erlitt der damalige Oppositionsführer Heinrich Köppler (CDU) den Herztod. Jetzt ist eine Biografie erschienen, die Leben und Wirken dieses Politikers beleuchtet und würdigt.

Ganze 565 Seiten ist der Sozialbericht 2007 stark, mit dem die Landesregierung Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft beschreibt. Neu an diesem Bericht ist, dass er der Regierung aufzeigt, welche Wege aus der „Armutsfalle“ herausführen können: Vor allem Bildung und Qualifizierung zur Erwerbsarbeit. Die Debatte der Abgeordneten über diesen Bericht findet sich auf den Seiten 10 und 11. Es gab bei den letzten Plenarsitzungen noch weitere Themen mit sozialen Bezügen: Die Aufsehen erregenden Befunde zur Gesundheit unserer Kinder, die große Frage, wie das Angebot an Betreuungsplätzen im Land weiter ausgebaut werden kann und die Diskussion darüber, ob Hartz IV die Belange von Kindern ausreichend berücksichtigt oder nicht. Auch die Rundfunkgebühren für Geringverdiener spielten eine Rolle.

Foto: Schälte

### Konferenz mit Schwerpunkt

Geschäftige Routine herrscht bei den Konferenzen, zu denen einmal im Jahr die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landtage, des Bundestags und des Südtiroler Landtags zusammenkommen. Es geht um Fragen der Volksvertretung, um Geschäftsordnungen, Verhaltensregeln, Föderalismusreform. Wenn diesmal die Tagung in Düsseldorf diese Routine verlässt, dann liegt das an dem Schwerpunkt, den die gastgebende NRW-Landtagspräsidentin Regina van Dinter setzen will. Sie möchte, dass das Thema „Jugend und Parlament“ im Mittelpunkt steht. Sie stellt sich vor, dass Aktionstage unter diesem Motto bundesweit veranstaltet werden und will die Präsidentinnen und Präsidenten dafür gewinnen (Seite 12).



Arm und reich – die Schere öffnet sich weiter



# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>„Akt der Solidarität und Nächstenliebe“</b>	<b>3</b>
<i>Wie kann die Bereitschaft zur Organspende vergrößert werden?</i>	
<b>Mehr Qualität und Kompetenz?</b>	<b>4</b>
<i>Landesmediengesetz gegen Kritik geändert</i>	
<b>Landesweites Verbot für Genmais?</b>	<b>5</b>
<i>Forderung der Grünen stößt bei Koalition auf Ablehnung</i>	
<b>„Armut macht krank“</b>	<b>6</b>
<i>Landtag debattiert über Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen</i>	
<b>Ausbau contra Betreuungsgeld</b>	<b>7</b>
<i>Koalition will gezielt das Platzangebot ausbauen</i>	
<b>Warten auf Karlsruhe</b>	<b>8</b>
<i>Strittig: Gebührenbefreiung für Geringverdiener</i>	
<b>Kinder als Hartz IV-Verlierer?</b>	<b>9</b>
<i>Grüne: Junge Menschen haben ihren eigenen Bedarf</i>	
<b>Mit Bildung gegen Armut</b>	<b>10-11</b>
<i>Koalition: Rot-Grün hat zu wenig getan – Opposition: Konzept fehlt</i>	
<b>Junge Menschen für die Demokratie gewinnen</b>	<b>12</b>
<i>Interview mit Landtagspräsidentin Regina van Dinter</i>	
<b>Operation nur gegen Spende?</b>	<b>13</b>
<i>Landtag beschäftigt sich mit Vorkommnissen am Uniklinikum Essen</i>	
<b>Schutz vor Passivrauchen</b>	<b>14</b>
<i>Anhörung zeigt Unterstützung für SPD-Gesetzentwurf</i>	
<b>Stichwahl bleibt umstritten</b>	<b>15</b>
<i>Sperrklausel – ein Mittel gegen rechtsextreme Kandidaten?</i>	
<b>Droht Notstand in der Pflege?</b>	<b>16</b>
<i>Sachverständige zu Fragen der Ausbildungsfinanzierung</i>	
<b>Last und Chance der Geschichte</b>	<b>17</b>
<i>Die Nutzung der „Ordensburg“ vor dem zweiten Schritt</i>	
<b>Aus vier mach eins</b>	<b>18</b>
<i>Die Landesvertretung in Brüssel hat ein neues Domizil gefunden</i>	
<b>Neue Regeln im Strafvollzug</b>	<b>19</b>
<i>Experten zur Abschaffung des Landesjustizvollzugsamts</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>20</b>
<b>Der Sieger ohne Fortüne</b>	<b>21</b>
<i>Umfangreiche Biografie des CDU-Politikers Heinrich Köppler</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt: Holger Ellerbrock (FDP)</b>	<b>23</b>
FCL: Spannende Torlosigkeit	23
Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>



## Gemeinsam gegen Armut

Das sind die Fakten: 2,57 Millionen Menschen in NRW sind einkommensarm, das heißt sie verdienen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens der Gesamtbevölkerung. Sie müssen mit 615 Euro im Monat auskommen. Wie man das schafft? Nun, die Kinder aus einkommensschwachen Haushalten – es sind im Land rund 815.000 junge Menschen – können ein unfrohes Lied davon singen: Sie müssen auf die Teilnahme an Schulausflügen verzichten, sie haben kein Geld für die Mahlzeit zwischendurch und stehen im Wettbewerb um die angesagtesten Klamotten abgeschlagen am Rand.

Die andere Seite der Medaille: In NRW leben 3.192 Einkommensmillionäre. Also der Wohlstand ist ungleich verteilt. Das sind die Daten aus dem jüngsten Sozialbericht, den die Landesregierung vorgelegt hat.

„Armut in einem reichen Land ist mehr als nur eine Herausforderung, sie ist ein Skandal“, sagt der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber. „Armut ist politisch gemacht“ – dieser Satz kommt von Friedhelm Hengsbach, Jesuit und Sozialethiker an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen.

### AUFTRAG

Man kann dem Bischofswort einiges abgewinnen und muss andererseits der dezidierten Meinung von Hengsbach nicht unbedingt zustimmen. Man kann die Schuld auf die Globalisierung und den technischen Fortschritt schieben, der immer weniger Raum für unqualifizierte Arbeit lässt. Das alles schafft nur vorübergehend Luft. Denn die Frage, die immer im Hintergrund steht, lautet: Wie lässt sich die Armut überwinden?

An dieser Stelle ist es hilfreich, sich auf die politische Tradition der Bundesrepublik zu besinnen: Soziale Marktwirtschaft, die Errungenschaft der Tarifpartnerschaft, den alten Slogan „Wohlstand für alle“. Manchmal drängt sich der Eindruck auf, das alles wird allzu bereitwillig aufgegeben, als nostalgische Erinnerung an Zeiten, die vorbei sind und nie wiederkommen werden.

Das ist eine Haltung, die sich der Politik aber verbietet. Politik und Politiker haben einen Gestaltungsauftrag. Sie mögen die Dinge unterschiedlich sehen. Sie haben eine unterschiedliche Grundeinstellung – zum Glück, denn wie sollte sich sonst ein Diskurs über den besten Weg entwickeln? Aber sie sollten eins gemeinsam haben, den festen Willen, Armut als Massenphänomen nicht zuzulassen. JK

# „Akt der Solidarität und Nächstenliebe“

## Wie kann die Bereitschaft zur Organspende vergrößert werden?

Im Ländervergleich rangiert Nordrhein-Westfalen bei Organspenden seit Jahren auf einem der letzten Plätze. Während im Jahre 2006 bundesweit auf eine Million Einwohner durchschnittlich 15,3 Organspenden kamen, waren es hierzulande gerade einmal zwölf. Das hat die SPD-Fraktion veranlasst, einen Antrag (14/4347) zu dem Thema einzubringen. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die medizinisch-organisatorischen Voraussetzungen im Land zu verbessern und so die Zahl der Organspenden zu erhöhen.

Günter Garbrecht (SPD) konstatierte, dass das Transplantationsgesetz nicht die erhoffte Steigerung der Spendebereitschaft gebracht habe – „trotz anerkennungswerter Bemühungen vieler Beteiligten“. Nun sei es an der Zeit, nach Alternativen zu suchen. Garbrecht sprach sich dafür aus, die derzeit gültigen Zustimmungsregelung auf Bundesebene in eine Widerspruchsregelung zu ändern (siehe Kasten). Doch auch das Land müsse etwas tun: Er forderte die „verpflichtende Bestellung von Transplantationsbeauftragten in allen Krankenhäusern“. Darüber hinaus forderte er eine Überprüfung der pauschalen Erstattungen bei den Organspenden, um Kostendeckung bei den Krankenhäusern zu erzielen. Unsicherheit bei der Finan-

zierung dürfe nicht der Grund für ein zögerliches Verhalten der Krankenhäuser sein.

Norbert Post (CDU) hielt die Debatte Zustimmungsregelung contra Widerspruchsregelung für kontraproduktiv. Abgesehen davon, dass hier der Bundesgesetzgeber zuständig sei, sah er die Gefahr einer weiteren Verunsicherung: „Organspende muss ein Akt der Freiwilligkeit bleiben. Wenn die Entscheidung des Spenders nicht bewusst gefällt wird, könnten Ängste entstehen.“ Zustimmung erteilte er hingegen der Forderung, in NRW die Institution eines „Arztes für Organspende“ per Gesetz einzuführen, zumindest an Unfall- und neurochirurgischen Kliniken. „Wir brauchen eine Beauftragung von Ärzten, die sich der Hinterbliebenen annehmen und sie vernünftig beraten, und zwar mit starkem Einfühlungsvermögen und guter psychologischer Schulung“, so Post. Organspende sei „ein Akt der Solidarität und Nächstenliebe“.

Barbara Steffens (GRÜNE) widersprach: Es könne nicht Ziel sein, so viele Spender wie möglich zu haben, denn hinter jedem potenziellen Spender stehe ein Mensch, der sein Leben verliert. „Erstes Ziel muss es sein, dass wir die Zahl der Unfallopfer und derjenigen, die als potenzielle Spender infrage kommen, senken.“ Mit Bedenken betrachtete sie die Einrichtung von Transplantationsbeauftragten. „Es darf nicht sein, dass Menschen in einer Situation, in der sie gerade einen Angehörigen verloren haben, nicht die Möglichkeit haben, Abschied zu nehmen, sondern unter Druck gesetzt werden, sie sollten jetzt Nächstenliebe praktizieren und einer Organentnahme zustimmen.“

Das Thema Organspende sei bei vielen Menschen mit Ängsten verbunden. Diese könne man weder auflösen, indem man eine Widerspruchslösung schafft, noch indem man Menschen sagt: „Eure Angst ist Blödsinn.“

Dr. Stefan Romberg (FDP) pflichtete seiner Vorrednerin bei: „Ängste wirklich anzunehmen, objektiver aufzuklären, das ist der Weg, der dazu führt, dass die Spendebereitschaft erhöht wird.“ Mit einer Widerspruchslösung lasse sich das Problem nicht beheben. Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Zahl der Spenderorgane mit der Zahl der Verkehrstoten korreliere. „Dass in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Zahl der Verkehrstoten deutlich höher ist – ein östliches Land, das früher eine Widerspruchslösung hatte –, vermehrt Organe gespendet werden, verwundert nicht“, so Romberg. Statt aufgrund schlechter Statistikwerte nun die flächendeckende Einsetzung von Transplantationsbeauftragten zu fordern, müsse man vielmehr die Debatte führen, warum die Organspende in manchen Kliniken gut läuft und in manchen überhaupt nicht.

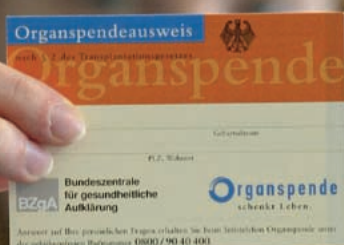
Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) machte deutlich: „Unser Land ist bei der Organspende mit Abstand das Schlusslicht in Deutschland.“ Trotz aller Bemühungen in den vergangenen Jahren seien auch die neuesten Zahlen „grottenschlecht“. Allein durch Aufklärung und Moderation sei man nicht weitergekommen. Jetzt gehe es um die Frage: „Was kann man auch in der Konsequenz eines Gesetzes tun, um diese Situation zu verbessern?“ Gleichzeitig warnte er davor, gesetzliche Neuregelungen als Allheilmittel auszugeben: „Glaubt aber bloß nicht, dass die Messe schon deshalb gesungen ist, weil wir einen Transplantationsbeauftragten in das Gesetz hineinschreiben.“

## Erweiterte Zustimmungsregelung

Der Verstorbene muss zu Lebzeiten, zum Beispiel per Organspendeausweis, einer Organentnahme zugestimmt haben. Liegt keine Zustimmung vor, können die Angehörigen über eine Entnahme entscheiden. Entscheidungsgrundlage ist der ihnen bekannte oder der mutmaßliche Wille des Verstorbenen. Beispielländer: Dänemark, Deutschland, Griechenland, Niederlande.

## Widerspruchsregelung

Hat der Verstorbene einer Organentnahme zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen, etwa in einem Widerspruchsregister, so können Organe zur Transplantation entnommen werden. Beispielsweise in Italien, Österreich, Portugal, Spanien. In einigen Ländern haben die Angehörigen ein Widerspruchsrecht, zum Beispiel in Belgien, Finnland und Norwegen.



Kann Leben retten – ein Organspendeausweis.

Foto: Schälte

# Mehr Qualität und Kompetenz?

## Landesmediengesetz gegen Kritik geändert

*In zweiter Lesung hat der Landtag die Änderung des Landesmediengesetzes (Gesetzentwurf von CDU und FDP Drs. 14/3447) verabschiedet. Das geschah mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, SPD und GRÜNE votierten dagegen. Die Grünen hatten zur Plenardebatte einen Entschließungsantrag (Drs. 14/4312) vorgelegt, in dem sie verlangten, die Koalition solle auf ihre Änderungen verzichten, um „den faktischen Zusammenbruch des Bürgerfunks“ zu verhindern.*

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) kündigte an: „Wir stellen den Bürgerfunk im Lokalfunk jetzt vom Kopf auf die Füße. Er wird besser werden, und die guten Gruppen werden davon profitieren.“ Es gebe dringenden Veränderungsbedarf. Als Kernpunkte der Reform und Entschlackung des Mediengesetzes nannte er unter anderem die Verbesserung der Qualität, die Stärkung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern, die Umstellung der Fördersystematik sowie die Festlegung von Sendezeiten für den Bürgerfunk. Das alte, von Rot-Grün verabschiedete Gesetz habe an dem Grundübel gelitten, dass es ohne „Qualitätsorientierung“ gewesen sei, „und darunter haben viele Gruppen letztendlich gelitten“. Brinkmeier: „Ich sage Ihnen, dass die guten Bürgerfunkgruppen, die guten Radiowerkstätten von dem neuen System profitieren werden.“

Ralf Witzel (FDP) zitierte aus den Ergebnissen einer Studie der Landesmedienanstalt. Danach seien „erhebliche Qualitätsdefizite sowie strukturelle Defizite im Gesamtsystem“ festgestellt worden. Es werde im Bürgerfunk zu wenig auf Themen und Ereignisse im Verbreitungsgebiet eingegangen und kaum die Chance genutzt, „journalistisch anspruchsvoll und experimentierfreudig mit dem Medium Hörfunk umzuge-

hen“. Der Abgeordnete schloss daraus: „Im Interesse der Radiohörer und der NRW-Lokalradios als private Unternehmer muss das System verändert und insbesondere flexibler gestaltet werden.“ Die Novelle bringe die unterschiedlichen Interessen der am Lokalfunk beteiligten Gruppen zu einem gerechten Ausgleich. „Wir werden eine Qualitätsoffensive für den Bürgerfunk bekommen“, sagte der Abgeordnete voraus.

Marc Jan Eumann (SPD) verlangte „ein Medienrecht, das modern genug ist, um das Experimentelle zu erlauben und Entwicklungen zu befördern“. Man brauche eine innovative Medienpolitik und Impulse für eine neue Medienordnung. Was tue die Koalition? Sie lege eine Novelle vor, die eine „Enttäuschung und ein medienpolitischer Offenbarungseid“ sei. Man entledige sich des auch schon in der Vergangenheit regierungskritischen Medienrates NRW. Das gleiche Schicksal treffe die Medienversammlung – mit beidem werde der Diskurs abgeschafft. „Das ist falsch, wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Beteiligung. Wir brauchen kein fantasieloses Streichen, sondern kreative, innovative Ideen und Vorschläge. Auch hier herrscht in Ihrer Novelle totale Fehlanzeige“. Das bürgerschaftliche Engagement werde mit Füßen getreten, der Bürgerfunk so weit

demonstriert, dass eine Beteiligung keinen Spaß mehr mache. Eumann: „Mit dieser Novelle läuten Sie das Sterbeglöckchen für den erfolgreichen Bürgerfunk in Nordrhein-Westfalen.“

Oliver Keymis (GRÜNE) warf der Koalition vor, mit ihrer Novelle habe sie „ganz offensichtlich den einen im Land, den Verlegern gedient, die diesen Funk natürlich möglichst für ihre Werbezeiten nutzen wollen und den Bürgerfunk als störend empfinden“. Den anderen tue man keinen Gefallen, nämlich den ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern, die „engagiert nach der Arbeit, wenn die Familie es sozusagen erlaubt, diesen Bürgerfunk in Nordrhein-Westfalen erarbeiten“. Schulprojekte habe es schon früher gegeben, aber die Beschränkung darauf sei falsch. Wenn Schwarz-Gelb meine, dass das Gesetz genügend Lücken auch für die lasse, die bisher Bürgerfunk gemacht hätten, dann sei darauf hinzuweisen, dass „der Wegfall der Produktionshilfen für uns eine Entziehung der materiellen Grundlagen bedeutet“.

Minister Michael Breuer (CDU) schloss mit dem Urteil: „Dieser Gesetzentwurf bedeutet nichts anderes als mehr Qualität für den entsprechenden Rundfunk in Nordrhein-Westfalen.“ Er stelle den Bürgerfunk auf eine neue Grundlage, die der gewandelten Medienlandschaft Rechnung trage. Ein Gesetz, das eine Steigerung der Qualität im Bürgerfunk erreichen wolle, könne es nicht jedem recht machen, aber mit einem „Weiter so“ könne die Zukunftssicherung des Bürgerfunks nicht gelingen. Neben mehr Qualität gehe es auch um ein Mehr an Medienkompetenz. Der hoffe die Landesregierung mit der Förderung von Schülerinnen und Schülern auf diesem Gebiet „einen kräftigen Schub“ zu geben. Die Regierungsfaktionen hätten wesentliche Änderungsvorschläge aus der Anhörung berücksichtigt und so zum Beispiel Übergangsvorschriften eingebaut, die die Auswirkungen der Systemumstellung „abfedern“ sollen. ■

## Aus Münster ...

... kommt die neue Landtagsabgeordnete Dr. Anna Boos (SPD). Die 51-Jährige ist ausgebildete Pharmazeutin und gehört als Mitglied den Ausschüssen für Frauenpolitik, Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie dem Rechtsausschuss an. Boos ist für den ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten Dr. Axel Horstmann nachgerückt. Unser Bild zeigt sie bei der Verpflichtung durch Landtagspräsidentin Regina van Dinther (r.).

Foto: Schälte



Johannes Remmel (GRÜNE)  
am Rednerpult und  
Landwirtschaftsminister  
Eckhard Uhlenberg (CDU)

Fotos: Schälte



Heinrich Kemper (CDU)



Svenja Schulze (SPD)



Dr. Stefan Romberg (FDP)

technologien auf: „Null-Toleranz gegenüber Gentechnik gibt es nicht.“

Svenja Schulze (SPD) meinte unter Hinweis auf wissenschaftliche Studien: „Ich mache mir große Sorgen, wenn ich lese, dass der Giftanteil im Genmais massiv schwankt“, erklärte die landwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Die Auswirkungen des Gifts seien noch weitgehend unbekannt, hätten aber nach den Untersuchungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz negative Folgen für Organismen wie Fliegen, Wespen, Spinnen und Schmetterlinge. Da sei es unverständlich, dass sich die Landesregierung bislang nicht an der Debatte beteiligt habe. „Sie verunsichern die Bürgerinnen und Bürger. Sie öffnen Spekulationen Tür und Tor“, wandte sie sich an Landwirtschaftsminister Uhlenberg. Sie kritisierte, dass es im Land keine klaren Zuständigkeiten für den Schutz der Bürger vor gentechnisch veränderten Pflanzen gebe. „Kümmern Sie sich um die Verbraucherinnen und Verbraucher“, appellierte Schulze an den Minister.

Dr. Stefan Romberg (FDP) nannte die Gentechnik „eine der wichtigsten Zukunftstechnologien unserer Zeit“. Es sei Aufgabe von Politik, die Chancen und Risiken der Technologie in einem ausgewogenen und offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu erörtern. „Die Sicherheit des Anbaus ist gegeben“, unterstrich er und widersprach den Vorwürfen der Oppositionsfraktionen. Das Gift BT-Toxin sei in der Landwirtschaft seit Jahrzehnten ein anerkannter Stoff, auf dem mittlerweile über 90 Prozent aller biologischen Schädlingsbekämpfungsmittel basierten. Romberg erklärte, der Anbau von Genmais sei eine umweltfreundliche Produktionsweise, da die Pflanzen den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft verringern könnten. An die Fraktion der Grünen richtete Romberg die Kritik: „Ihr Antrag offenbart ideologische Borniertheit und fehlende Sachkenntnis.“

Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) erklärte: „Der Schutz von Mensch und Umwelt hat höchste Priorität.“ Sein Ministerium beteilige sich daher aktiv an der Entwicklung von Monitoring-Programmen, um die möglichen Auswirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen im Auge zu behalten. „Mögliche Risiken müssen frühzeitig erfasst werden, damit es nicht zu unerwarteten und langfristigen Auswirkungen kommen kann“, verdeutlichte Uhlenberg. „Sofern es offene Fragen beim Anbau gibt, müssen wir die Risiken erforschen.“ Es könne jedoch nicht darum gehen, die Gentechnik in Deutschland zu verbieten. Die aktuellen Regulierungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz seien „ein ganz normaler Vorgang“.

# Landesweites Verbot für Genmais?

## Forderung der Grünen stößt bei Koalition auf Ablehnung

*Ist der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen eine Gefahr für Mensch und Umwelt? Darüber diskutierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Grünen (Drs. 14/4376). Anlass war die Entscheidung des Bundessortenamts, den Anbau der Genmaissorte „MON 810“ im nordrhein-westfälischen Borken kurzfristig einzustellen, weil der Mindestabstand nicht eingehalten worden war. Die Grünen forderten die Landesregierung auf, Konsequenzen aus dieser Entwicklung zu ziehen.*

Johannes Remmel (GRÜNE) bekräftigte das Ziel seiner Fraktion, die Gentechnik dauerhaft aus NRW zu verbannen. Der Landesregierung warf er vor, auf die Entwicklungen in Borken nicht zu reagieren und den Verbraucherschutz zu vernachlässigen. „Die Menschen wollen keine Lebensmittel, die durch Gentechnik hergestellt werden“, zeigte sich der landwirtschaftspolitische Sprecher der Grünen im Plenum sicher. Die Landesregierung forderte er auf, sich in die bundesweite Diskussion zur Neugestaltung des Gentechnikgesetzes einzumischen und die strengen Vorgaben zum Anbau von Genpflanzen unter Umständen noch zu verstärken. „Wir wollen keine kanadischen Verhältnisse“, machte er deutlich. In Kanada sei es den Imkern nicht mehr möglich, Honig ohne Spuren von genetisch veränderten Pflanzen zu produzieren. „Bienen halten sich nun einmal nicht an Mindestabstände“, so Remmel.

Heinrich Kemper (CDU) lehnte einen deutschen Ausstieg aus der Gentechnik ab, da dieser langfristig eine wirtschaftliche Ausgrenzung bedeute. „Die Welt rast an uns vorbei“, betonte der Christdemokrat. Es sei daher ein völlig falscher Weg, gentechnikfreie Zonen in NRW oder anderen Bundesländern einrichten zu wollen. Vielmehr müsse man eine „friedliche Koexistenz von gentechnisch veränderten und unveränderten Pflanzen“ gewährleisten. Umso wichtiger sei die Einhaltung der bestehenden Regulierungsmaßnahmen, also auch der Mindestabstände zwischen Anbaufeldern. „Wenn es darum geht, finden Sie mich an Ihrer Seite“, versicherte er den Grünen. Er warnte jedoch vor Panikmache. Das vom Borkener Genmais produzierte Schädlingsgift BT-Toxin werde schon seit vielen Jahren in der Landwirtschaft verwendet. Der Abgeordnete rief zur Toleranz gegenüber den neuen Anbau-

# „Armut macht krank“

## Landtag debattiert über Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen

*Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen stärken“ beschäftigt. Hintergrund ist die Kinder- und Jugend-Gesundheitsstudie, deren Ergebnisse das Berliner Robert-Koch-Institut gerade vorgestellt hat. Die Studie wertet Daten aus den Jahren 2003 bis 2006 aus und kommt zu dem Schluss, dass vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien sowie Familien mit Zuwanderungsgeschichte stärkeren Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind: Übergewicht, Essstörungen und Rauchen sind deutlich häufiger anzutreffen als bei Kindern aus wohlhabenden Familien.*

Rudolf Henke (CDU) erinnerte an die Fortschritte auf dem Gebiet der Kindergesundheit im vorigen Jahrhundert und warnte: „Wir sind nach Kräften dabei, sie wieder zu verschlechtern.“ Diskutiert werden müsste nun, ob Geldleistungen an Eltern das Existenzminimum besser sichern als Sachleistungen an die Kinder: „Kein Kind hat etwas davon, wenn der Vater das für ein Frühstück, ein warmes Mittagessen oder für die Mitgliedschaft im Sportverein gedachte Geld in Alkohol oder Zigaretten verwandelt.“ Eine kindorientierte Politik müsse nach ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten für alle Kinder streben, den Zugang zu Kindertagesstätten sichern und kindgerechte Ganztagschulen ausbauen, um Lern- und Verhaltensdefizite auszugleichen. Die Vorschläge der Delegierten des Deutschen Ärztetages könnten Handlungsansätze sein – zum Beispiel die Idee, dass Eltern von Neugeborenen frühzeitig zu Hause aufgesucht und über Hilfsangebote informiert werden. Auch ein Meldesystem sei richtig, denn so könnten Jugendhilfe und Gesundheitsdienst erkennen, welche Eltern nicht mit ihrem Kind an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen.

Ulla Meurer (SPD) stellte fest, dass alle im Landtag eine weitere Vorsorgeuntersuchung zwischen U 7 und U 8 (zwischen dem 2. und 4. Geburtstag) wollten. Zum Fazit der Studie sagte sie, dem Armuts- und Reichtumsbericht 2007 könnte man entnehmen, dass Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II monatlich 132 Euro für Nahrungsmittel, ihre Kinder 79 Euro zur Verfügung hätten: „Ein Euro für das Frühstück, ein Euro für das Mittagessen, 65 Cent für das Abendessen. Davon wird man noch nicht einmal satt. Heranwachsende schon gar nicht.“ Immer wieder würde über Kinderarmut geredet, nun müssten endlich Ergebnisse aus dem Handlungskonzept des Familienministers auf den Tisch und Konsequenzen vom Sozial- und Gesundheitsminister gezogen werden. „Die am schwersten wiegende Erkenntnis ist, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien nicht nur in einzelnen Bereichen von Gesundheit und Lebensqualität schlechtere Ergebnisse aufweisen, sondern in durchweg allen.“

Dr. Stefan Romberg (FDP), selbst Arzt, meinte: „Menschen sind individuell und was sie essen, was sie verkraften und was ihnen gut tut, ist auch

individuell.“ Ernster genommen werden müsste die Gesundheitserziehung, denn viele Eltern wüssten ja selbst nicht, was gesund ist. Sportunterricht dürfe nicht ausfallen und müsse ebenfalls ernster genommen werden. Die Regierung habe bereits begonnen, die Rahmenbedingungen in NRW so umzugestalten, dass Bildungsmängel und gesundheitliche Probleme als größte Armutrisiken Schritt für Schritt reduziert würden.

Barbara Steffens (GRÜNE) warf den Regierungsparteien vor, gerade die Strukturen abzuschaffen, die in dem Bericht gefordert würden: „Reihenuntersuchungen, die wir früher in den Schulen hatten, müssen wieder stattfinden. Sie haben das Geld der Beratungsstellen gekürzt, die sich mit Kindern beschäftigen haben, deren Mütter Opfer von häuslicher Gewalt waren. Sie wollen, dass in den Kneipen geraucht wird, wodurch schwangere Arbeitnehmerinnen belastet werden. Auch beim Flatrate-Saufen ist es so, dass die FDP freies Trinken für freie Bürger will“, kritisierte sie.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) bekannte, der Zusammenhang von sozialer Lage und Gesundheit habe ihn nicht überrascht. Am Tag zuvor habe er bereits den „Sozialbericht NRW 2007“ erläutert, in dem ebenfalls festgestellt wird: Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer die Armutsgefährdung. Da Armut wiederum zu ungünstigem Gesundheitsverhalten führe, habe die Landesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Stellvertretend nannte er das Präventionskonzept NRW mit den Landesinitiativen „Leben ohne Qualm“, „Gesundheit von Mutter und Kind“ und „Prävention von Übergewicht bei Kindern“, aber auch die „Bewegungsfreudige Schule“ und eine Verbesserung des Impfschutzes. ■

## Zwischenstopp ...

... im Landtag: Auf ihrem Weg quer durchs Rheinland von Aachen nach Xanten zum 10. Tag der Begegnung im Archäologischen Park legte die Staffel der Kinder und Jugendlichen von über 30 Förderschulen des Landschaftsverbands Rheinland eine Rast in Düsseldorf ein. Hier wurden die 80 jungen Leute von Landtagspräsidentin Regina van Dintter begrüßt und zu einer kleinen Stärkung eingeladen. Auf den 21 Etappen wollen sie für die Integration von Menschen mit Behinderungen Verständnis wecken und für Chancengleichheit werben.

Foto: Schälte



Kinder bringen Freude und Verantwortung – und oft auch organisatorische Schwierigkeiten und finanzielle Probleme, wenn ein Betreuungsplatz gesucht wird: Es gibt im Land noch zu wenige davon. Das soll sich bessern.

Foto: Schälte

## Ausbau contra Betreuungsgeld

### Koalition will gezielt das Platzangebot ausbauen

*Wie sollen Kinder betreut werden, welche Familienpolitik wollen wir und welche Art von Förderung ist ökonomisch sinnvoll, damit – vielleicht – mehr Kinder geboren werden? Brauchen wir mehr Plätze für unter Dreijährige, eine Betreuungsplatzgarantie oder sogar ein Betreuungsgeld für Eltern, die zu Hause bleiben? Diese Fragen wurden im Plenum heftig diskutiert. Die Debatte entzündete sich am Antrag der SPD (Drs. 14/4377) zu einer Aktuellen Stunde unter dem Titel: „Ausbau der Kinderbetreuung sichern – Rechtsanspruch jetzt verbindlich einführen“.*

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, fand es wichtig, die Infrastruktur auszubauen. Sie setzte hinzu: „Wenn die nötigen Plätze geschaffen sind, dann müssen Schritt für Schritt die Elternbeiträge abgeschafft werden. Auch sie verhindern echte Wahlfreiheit: Wenn das Einkommen der Frauen fast vollständig von Abgaben und Betreuungskosten für ihre Kinder aufgezehrt wird, dann steuern wir falsch. Wir wollen Beitragsfreiheit!“ Den Forderungen der CSU nach einem Betreuungsgeld für nicht berufstätige Eltern erteilte Kraft eine Abfuhr. Das Betreuungsgeld käme sowieso nicht bei den Kindern an, die hätten nichts davon. Darüber hinaus sei der Anreiz auch frauenpolitisch verfehlt: „Wir wissen alle: Je länger eine Frau aus ihrem Beruf aussteigt, desto schlechter sind ihre beruflichen Chancen im Anschluss. Staatliche Anreize für eine möglichst lange Unter-

brechung sind kontraproduktiv.“ Schließlich sei ein Betreuungsgeld auch sozial ungerecht: Die Millionärsgattin würde in gleicher Höhe Geld erhalten wie die Kassiererin von Aldi. Ein Betreuungsgeld werde es deshalb mit der SPD nicht geben.

Thomas Jarzombek (CDU) erinnerte die Opposition daran, sie habe 39 Jahre Zeit gehabt, die Kinderbetreuung in NRW zu optimieren, es aber nicht getan: „Die Betreuungsquote lag bei Ihnen zuletzt mit 2,8 Prozent am bundesdeutschen Ende. Damit haben Sie die Mütter im Stich gelassen. Bildung gab es bei Ihnen nicht in den Kindertagesstätten, bestenfalls als Zufallsprodukt – PISA dokumentiert das eindeutig. Damit haben Sie die Kinder im Stich gelassen.“ Es gehe nicht nur um Kinderbetreuung, sondern auch um Bildung.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, meinte, der Rechtsanspruch ab 2013 auf Bundesebene sei kein Durchbruch: „Das ist erst in sechs Jahren. Das sind Trippelschritte statt der erforderlichen Siebenmeilenstiefel.“ Dabei begünstige unser jetziges Steuersystem, insbesondere das Ehegattensplitting, das Modell „Mann verdient viel, Frau wenig bis gar nichts, bleibt daher besser zu Hause.“ Das sei ein Argument gegen das Betreuungsgeld. Als weiteren Grund nannte sie Bildung: „Uns kommt es bei der Schaffung von Krippenplätzen nicht nur darauf an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, sondern uns kommt es auch und besonders darauf an, Kindern früh die bestmögliche Bildung, Betreuung und Erziehung zu bieten – und zwar insbesondere den Kindern, die dies nicht in ihren Elternhäusern erfahren.“

Christian Lindner (FDP) erklärte, bis 2010 würden die Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen deutlich erhöht. „Bis 2010 werden 90.000 Betreuungsplätze mehr geschaffen worden sein. Gleichwohl werden wir beratschlagen, ob eine Platzgarantie nicht möglich werden kann. Wenn der Bund sich engagiert, ist die Platzgarantie für jeden Zweijährigen möglich!“ Zum Betreuungsgeld sagte Lindner, das sei überflüssig wie ein Kropf. Die Einverdienerehe werde jetzt schon so stark subventioniert wie kein anderes Modell. In Richtung SPD kritisierte er, diese Partei wolle die Kita-Plätze durch eine Reduzierung des Kindergeldes finanzieren. „Sie wollten den Eltern in die linke Tasche greifen, um ihnen in die rechte Tasche Geld zu geben. Das ist doch nicht familienfreundlich!“

Familienminister Armin Laschet (CDU) kündigte an, NRW werde im nächsten Jahr das Angebot der Kleinkindbetreuung deutlich ausbauen. Zurzeit gebe es 16.000 Plätze für unter dreijährige Kinder, im Jahr 2008 werde die Zahl auf 34.000 Plätze erhöht. „Diese 18.000 Plätze mehr helfen Eltern schon im Jahr 2008“, sagte Laschet. Ein Rechtsanspruch ab 2013 sei eine „Veräppelung von Eltern“. Im Jahr 2013 könne man auch darüber nachdenken, wie man Familienarbeit anerkenne. Aber: „Jetzt brauchen wir Betreuungsplätze. Wir brauchen einen schnelleren Ausbau der Plätze für unter Dreijährige, kleinere Gruppen und eine bessere Erzieherinnenausbildung. Erst dann würde ich den Kindergarten kostenlos machen.“ ■



Oliver Keymis (GRÜNE)



Lothar Hegemann (CDU)



Ralf Witzel (FDP)



Wolfram Kuschke (SPD)  
am Rednerpult  
und Europaminister  
Michael Breuer (CDU)

## Warten auf Karlsruhe

### Strittig: Gebührenbefreiung für Geringverdiener

*Mit Inkrafttreten des achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages am 1. April 2005 haben sich die Voraussetzungen zur Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht geändert. Folge: Viele Menschen, die zuvor wegen geringen Einkommens von der Rundfunkgebühr befreit waren, müssen heute Gebühren zahlen. Um dies zu korrigieren, fordern SPD und GRÜNE die Landesregierung in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 14/4346) auf, sich für eine Erleichterung der Gebührenbefreiung für Geringverdienende einzusetzen. Mit diesem Antrag konnte sich die Opposition nicht durchsetzen. In einer von der SPD beantragten namentlichen Abstimmung votierten 73 Abgeordnete mit Ja und 83 Abgeordnete mit Nein.*

Wolfram Kuschke (SPD) räumte ein, dass es durch die Änderungen im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – damals war noch Rot-Grün in Regierungsverantwortung – „in der Tat zu einem Rückgang bei den Befreiungstatbeständen gekommen ist“. Jetzt sei der geeignete Zeitpunkt, sich darüber Gedanken zu machen, was konkret geändert werden muss. Die wahre Flut von Eingaben, die in dieser Frage den Petitionsausschuss des Landtags erreicht hat, habe alle Fraktionen dazu gebracht, sich dieses Themas ernsthaft anzunehmen. Ungeachtet der notwendigen Befreiungen, müsse jedoch am Prinzip der Bedarfsermittlung durch die unabhängige KEF (siehe Kasten) festgehalten werden.

Oliver Keymis (GRÜNE) bezeichnete es aufgrund der erheblich gesunkenen Befreiungsquote als sinnvoll, „die Befreiungstatbestände neu zu definieren und den engen Rahmen, den wir ursprünglich seitens der Staatskanzleien im 8. Vertrag gesetzt haben, spätestens mit dem nächsten, dem 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu korrigieren“. Keymis warb für eine fraktionsübergreifende Initiative. SPD, Grüne und CDU hätten bereits eine relativ weitreichende Einigung erreicht. „Mit Blick auf die Medienpolitik würden wir dann eine an sich schöne Tradition aus der vorherigen Legislaturperiode fortsetzen.“

Lothar Hegemann (CDU) betonte, dass der Antrag im Grundsatz wenig strittig sei. Irritierend

finde er hingegen, dass keine der Antrag stellenden Fraktionen ein Wort über Kosten oder Finanzierungsalternativen verloren habe. „Sie sprechen nur von Befreiung, sagen aber nicht, welche Einnahmeverluste es bei den Rundfunkanstalten geben wird“, so Hegemann. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht durch

Die KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) überprüft den Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland und empfiehlt den Landesparlamenten die Festsetzung von Rundfunkgebühren für Rundfunkempfangsgeräte (z.B. Radios, Fernseher, neuartige Rundfunkempfangsgeräte), die dann durch die GEZ (Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland) von den Rundfunkteilnehmern eingezogen werden. Gesetzliche Grundlage der KEF ist der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag, der sowohl die Höhe der Gebühren wie auch die Verteilung der Mittel regelt.

Steuern finanziert werde, bedeute dies, dass alle anderen Rundfunkteilnehmer mehr zahlen müssten. „Insofern präjudizieren Sie zumindest die Entscheidungsfreiheit der KEF.“ Zudem sei die Frage der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ohnehin in einem Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Das Urteil solle erst abgewartet werden.

Ralf Witzel (FDP) forderte eine grundlegende Reform des Gebührensystems, statt über

Einzelmaßnahmen zu diskutieren. Unter dem Strich bedeute der Antrag ein Einnahmeausfallvolumen in zweistelliger Millionenhöhe. „Der Weg, die finanziellen Belastungen für alle Bürger sowie auch Unternehmen durch Rundfunkgebühren im Rahmen zu halten, ist der, den öffentlich-rechtlichen Finanzbedarf der KEF zu senken und nicht die Privilegierung durch Befreiung einzelner mit immer größeren Belastungen anderer zu erkaufen.“ Durch die Praxis der Gebühreneinzugszentrale, praktisch jedes technische Gerät als Rundfunkempfänger zu deklarieren, würden Menschen „doppelt und dreifach abkassiert“.

Minister Michael Breuer (CDU) meinte, eine isolierte Betrachtung der im Antrag aufgeworfenen Änderungsvorschläge mache zumindest zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Zum einen werde für den Sommer ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts erwartet. Dieses dürfe grundlegende Ausführungen zu Fragen der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks enthalten. Zudem sei eine Ausdehnung der Rundfunkgebührenbefreiung nur dann möglich, wenn die bestehenden Rundfunkänderungsstaatsverträge von allen Landesregierungen und allen Parlamenten geändert würden. Die Rundfunkkommission der Länder sei inzwischen von den Ministerpräsidenten beauftragt worden, alternative Finanzierungskonzepte zu der derzeit gerätebezogenen Gebühr zu erarbeiten. ■



# Kinder als Hartz IV-Verlierer?

## Grüne: Junge Menschen haben ihren eigenen Bedarf

*„Hartz IV – Kinder brauchen mehr“ titelt ein Antrag der Grünen (Drs. 14/4330), der jetzt im Landtag diskutiert wurde. Die Fraktion mahnt darin an, dass die derzeitige Ausgestaltung der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und SGB XII den entwicklungsbedingten Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht werde. Sie forderten die Landesregierung zur Nachbesserung auf. Minister Laumann (CDU) erklärte seine Bereitschaft, die finanziellen Hilfen für Kinder von Hartz IV-Empfängern überprüfen zu lassen.*

Barbara Steffens (GRÜNE) kritisierte: Bei der SGB II-Gesetzgebung habe man es sich bei der Regelsatzhöhe für Kinder und Jugendliche zu leicht gemacht: Kinder bekämen einfach einen bestimmten Prozentsatz dessen, was ein Erwachsener erhält. Diese Regelung werde jedoch dem Bedarf von Kindern und Jugendlichen in keiner Weise gerecht. Der Kinder-Tagessatz für Essen und Trinken liege bei gerade einmal 2,65 Euro. „Davon kann man nicht einmal das Ganztagsessen in der Schule bezahlen.“ Gleiches gelte auch für die Pauschalen für Kleidung und Schuhe. Wachstumsbedingt sei der Bedarf bei Kindern hier viel höher als bei Erwachsenen. Sie forderte die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die speziell die Bedürfnisse der Kinder je nach Altersstufe analysiert und Instrumente findet, wie sie kontinuierlich angepasst werden können. Im Übergang müssten zudem gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die die Gewährung von einmaligen Hilfen in Einzelfällen wieder erlaube.

Walter Kern (CDU) hielt fest: „Es darf nicht sein, dass man an der Adresse eines Kindes oder an seinem Glück, in eine bestimmte Familiensituation hineingeboren zu sein, die Lebensperspektive ablesen kann.“ Jedes vierte Kind in NRW lebe in einem einkommensschwachen Haushalt. Daraus dürfe man jedoch nicht den Schluss ziehen, dass einkommensschwache Eltern schlechte Eltern seien. „Das hat nichts miteinander zu tun“, so der Abgeordnete. Fest stehe hingegen, dass Erwerbstätigkeit ein wesentlicher Lösungsfaktor für das Problem der Kinderarmut ist. Kern: „Mehr Arbeitsplätze helfen den Familien, Eltern und Kindern mehr als jede staatliche Förderung.“ Die Landesregierung befinde sich mit ihrer Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik auf dem richtigen Weg, um Kinderarmut zu bekämpfen.

Heike Gebhard (SPD) gestand der Koalition zu, das Problem der Kinderarmut richtig erkannt zu haben, ohne jedoch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ihr Vorredner habe richtig darauf hingewiesen, dass Kinder, die in materieller Armut leben, sich oftmals auch in kultureller Armut sowie in sozial und gesundheitlich prekärer Situation befinden. Mit dem Kinderbildungsgesetz, der Sprachstandsfeststellung sowie dem Schulgesetz weise die Politik der Landesregierung jedoch in eine vollkommen falsche Richtung. „Sie erheben Ansprüche, Sie stellen Anforderungen auf, aber Ihre Politik bewirkt genau das Gegenteil“, so Gebhard. „Ihre Politik stellt nicht Wasser zum Löschen der Feuer bereit, nein, Sie gießen zusätzlich Öl hinein!“

Dr. Stefan Romberg (FDP) wertete Kinderarmut als ein Problem, das mit Priorität und über Fraktionsgrenzen hinweg angegangen werde müsse.

Dabei gehe es aber nicht allein darum, die Regelsätze zu erhöhen. Vielmehr sei es wichtig, die Startbedingungen der Kinder im Bildungssystem, in der Frühförderung und der Sprachförderung zu verbessern. Auch eine gesunde Ernährung sei nicht zwingend eine Geldfrage. „Es gibt einfache Mittel, auch mit preiswerten Lebensmitteln gesund zu leben“, so Romberg. Zusammenfassend sagte er: „Eigentliches Ziel muss für uns alle sein, zu verhindern, dass ein längerer Leistungsbezug im Rahmen von Hartz IV überhaupt erst erforderlich wird.“

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) fand es fraglich, ob eine prozentuale Ableitung des Erwachsenenregelsatzes in jedem Punkt die Lebenswirklichkeit von Kindern trifft. Dies müsse nochmals einer fachlichen Prüfung unterzogen werden. Die Lebensvielfalt lasse sich nicht ausschließlich in Pauschalen abbilden. Behörden müssten stattdessen die Möglichkeit haben, in besonderen Fällen auch eine besondere Leistung zu gewähren. Eine generelle Anhebung der Regelsätze lehnte der Minister aber ab.

Elisabeth Veldhues (SPD) nannte die Überwindung von Kinderarmut eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Dies dürfe nicht länger als unabänderliche Tatsache hingenommen werden.

Bernhard Tenhumberg (CDU) sah in dem Antrag einen weiteren guten Anlass, um über die Situation von Kindern nachzudenken und festzustellen, was positiv läuft und was noch zu tun ist.

Sigrid Beer (GRÜNE) appellierte an den Minister: „Bitte mischen Sie sich in die Frage von Lehrmittelfreiheit, Schulessen und Klassenfahrten ein.“



Es geht ans Eingemachte – viele Hartz IV-Empfänger haben kaum Chancen, Rücklagen für Anschaffungen für Kinder oder außergewöhnliche Belastungen zu bilden, klagen die Grünen und fordern, dass die besonderen Belange junger Menschen vom Gesetzgeber stärker berücksichtigt werden.

Foto: Schälte

# Mit Bildung gegen Armut

## Koalition: Rot-Grün hat zu wenig getan – Opposition: Konzept fehlt

*Engagiert und offen haben die Landtagsabgeordneten den jüngsten Sozialbericht der Landesregierung im Plenum debattiert – Auftakt einer von Sozialminister Laumann (CDU) angestrebten landesweiten Diskussion. Die Opposition vermisste Vorschläge zur Verbesserung und kritisierte, dass Schwarz-Gelb so tue, als habe Rot-Grün aus früheren Armuts- und Reichtumsberichten keine Konsequenzen gezogen. Vorangegangen war der Erörterung im Plenum die Unterrichtung der Landesregierung unter dem Motto „Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen“.*

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) betonte, der vorgelegte Sozialbericht ende mit den Daten für das Jahr 2005. Daraus schloss der Minister: „Er ist damit eine Abschlussbilanz der Lebensverhältnisse der Menschen in Nordrhein-Westfalen nach Ihrer Regierungszeit.“ Rot-Grün habe bereits 2004 den ersten Sozialbericht vorgelegt, aber, fuhr er fort: „Sie haben über die Probleme nur geredet und den Menschen gebetsmühlenartig erklärt, dass alles auf einem gutem Weg sei. Konsequenzen aus dem Sozialbericht sind aber nicht gezogen worden.“ Anders Schwarz-Gelb: Die neue Regierung betreibe konkrete Armutsbekämpfung. Weil Armut am besten durch bes-

– anders als der jetzige – nicht im Plenum diskutiert worden: Die oppositionelle CDU hätte damals, wenn sie Wert darauf gelegt hätte, die Debatte im Plenum herbeiführen können. Rot-Grün habe sich für die Debatte des alten Sozialberichts im Fachausschuss entschieden, um das Thema 2004 nicht in den beginnenden Wahlkampf zu ziehen, erklärte der Abgeordnete rückblickend. Nach vorn gewandt („Wir Sozialdemokraten werden weder ideenlos noch konzeptionslos reagieren“) nannte er eine Reihe von Arbeitsfeldern: Zum Kampf gegen die Armut verlange man mehr Ganztagsangebote in der Schule, eine schnellere Realisierung des

dass zumindest die Kälteperiode, die der Sozialbericht beschreibe, zu Ende gehe und „dass Deutschland auf Betriebstemperatur kommt“. Und diese höhere Wärme erreiche auch die Schattenseite unserer Gesellschaft, fand Henke und ergänzte: „Wir in Nordrhein-Westfalen leisten dazu entscheidende Beiträge.“ Er erwähnte die Verbesserungen im Schulsystem, in der betrieblichen Ausbildung und bei der Gesundung des Landeshaushalts. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft seien positiv. Der Abgeordnete: „Wir tun alles dafür, die Innovationskraft unserer Betriebe sowie den Forschungsgeist an unseren Hochschulen und Universitäten, die Neugier unserer Kinder, Schüler und Studierenden zu fördern und voranzubringen, damit der Strom der Ideen nicht abreißt, der Deutschland zum Land der Ideen macht, damit wir als soziale Marktwirtschaft im internationalen Wettbewerb vorne bleiben.“

Barbara Steffens (GRÜNE) erinnerte an die zögerliche Haltung der Union bei der Debatte vor sieben Jahren über möglichst frühe kindliche Sprachförderung. Damals habe die CDU darüber diskutiert, ob diese Förderung nicht mit Kindern im Alter von fünf Jahren beginnen sol-



Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Killewald (SPD)

Rudolf Henke (CDU)

Barbara Steffens (GRÜNE)

sere Bildung zu bekämpfen sei, bringe sie das Schulsystem auf Vordermann. Sie wende in drei Jahren mehr als 90 Millionen Euro für das Sonderprogramm Ausbildung 2006 auf. Sie verfolge das Ziel, dass Kinder kein Armutsrisiko mehr sein dürfen. Sie kümmere sich um die Migrantenfamilien und deren Kinder. Laumann blickte nach vorne. Bei der Vorstellung des nächsten Sozialberichts werde man sicher sagen können: „Die Landesregierung und das Land haben Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung gezogen, die Regierung Rüttgers hat ihr Möglichstes getan, um die Teilhabe zu gewährleisten, und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist der Freund der kleinen Leute.“

Norbert Killewald (SPD) gab das Argument zurück, der vorangegangene Sozialbericht sei

Rechtsanspruchs auf Betreuung unter drei Jahren, Beitragsfreiheit für den Elementarbereich, gemeinsame Mahlzeiten in Schule und Elementarbereich, Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit und eine aktivere Rolle des Landes in der Gesundheitsvorsorge von der frühkindlichen Phase bis zum Jugendalter.

Rudolf Henke (CDU) bezeichnete den Sozialbericht als „Berichterstattung von der Schattenseite der Gesellschaft“. Die darin getroffenen Befunde seien eine der Triebkräfte für seine Partei gewesen, auf den Wechsel hinzuwirken und die Verhältnisse zu verbessern. Der Abgeordnete: „Inzwischen hat dieser Neuanfang begonnen“ – an Rhein und Ruhr zusammen mit den Liberalen und in Berlin gemeinsam in der Großen Koalition. Er habe den Eindruck,

le und wie viel Geld dort hineingegeben werden dürfe. Steffens an die CDU: „Überlegen sie doch einmal, statt Ihre Vergangenheit zu verdrängen, was das für ein langer Weg für Sie war, auf unseren Zug aufzuspringen.“ Zur Initiative „Jugend in Arbeit plus“ meinte die Abgeordnete, die Union schmücke sich mit fremden Federn. Nur weil der Sozialminister diesem und anderen Programmen jetzt einen anderen Namen gebe, seien diese Programme nicht neu; viele davon seien alt und fortgeführt. In den meisten Fällen, ergänzte sie, seien sie sogar schlechter geworden. Sie kritisierte die Argumentation der CDU als rückwärts gewandt; die Menschen erwarteten nicht dieses „Hickhack und Gestreite“, sondern dass man die Probleme ernst nehme und dass ihnen „nach vorne gerichtet gesagt wird, was man jetzt tun will“.

Dr. Stefan Romberg (FDP) schloss im Kampf gegen Armut neue Programme und neue Schulden aus. Er sagte: „Wir verbessern die Rahmenbedingungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen durch bessere Bildung, mehr Arbeit und bessere Gesundheit. Wir schaffen die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und damit die Voraussetzungen, die Armut Schritt für Schritt wirklich abzubauen.“ Der Bericht enthalte zum Teil dramatische Zahlen; Besorgnis erregend sei die Tatsache, „dass sich die Lebenssituation bestimmter Zielgruppen weiter verschlechtert hat: die Langzeitarbeitslosen, die Alleinerziehenden, die Migrantinnen und Migranten, die Familien mit den vielen Kindern“. Am besten sei nach Ansicht der Liberalen, dass Missstände gar nicht erst entstünden – durch „Prävention, den präventiven sozialen Staat“. Der Abgeordnete: „Wir wollen in erster Linie eine Hilfe zur Selbsthilfe in Form einer echten Chancengleichheit, die es allen Kindern ermöglicht, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.“ Schwarz-Gelb wolle aus NRW wieder ein „Wohlstandsland“ machen: „Fehlende Bildung, fehlende Arbeit und fehlende Gesundheit sind die größten Armutsrisiken, die wir Schritt für Schritt gemeinsam reduzieren werden.“



Dr. Stefan Romberg (FDP)

Günter Garbrecht (SPD) erinnerte daran, dass es im Land seit 1992 eine Sozial- und Armutsberichterstattung gebe. Aus jedem Bericht, betonte er, seien Konsequenzen gezogen worden, etwa zur Linderung der Wohnungsnot, in der Drogen- und Suchtberatung und bei den Arbeitslosenberatungsstellen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffne sich weiter. Bestimmte Menschen säßen in der „Armutsfalle“ fest; dieser Kern verfestigte sich. Der Frage der Verteilungsgerechtigkeit könne man nicht ausweichen: „Es geht um die Frage der solidarischen Gesellschaft“. Wer wie die Koalition, die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse als politische Priorität aus dem Auge verloren habe („Privat vor Staat“), der könne sich nicht als Speerspitze im Bekämpfen von Kinderarmut hinstellen – in Gegenteil: der verstärke

diese Prozesse. Zum Schluss stellte Garbrecht die Frage: „Wie viel Armut und Ausgrenzung verträgt eine demokratische Gesellschaft?“ Er warnte davor, dass sich die Menschen in bestimmten Wohnquartieren zunehmend aus der demokratischen Gesellschaft ausklinkten.

Oskar Burkert (CDU) betonte ebenfalls den hohen Stellenwert von Bildung und Ausbildung bei Vermeidung und Bekämpfung von Armut. Das habe die Koalition erkannt und arbeite seitdem an Lösungsstrategien. „Die Erfolge in Bildung und in Arbeit zeigen die ersten positiven Ansätze“, erklärte der Abgeordnete: „Nordrhein-Westfalen kann mit CDU und FDP auf eine gute Zukunft bauen.“ Anstelle des Nichtstuns der alten Regierung habe die Koalition in die Bildung investiert. Die Folge: NRW sei 2006 zum Aufsteigerland Nummer 1 geworden. Burkert: „Die Menschen haben wieder Vertrauen gefunden, die Menschen packen wieder an. In diesem Jahr sind wir das Mittelstandsland Nummer 1 – sogar noch vor Bayern.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, wertete die Debatte so: Die Erkenntnisse über die Befunde seien noch relativ einvernehmlich, „aber wir streiten darüber: Was sind die richtigen Antworten?“ Da sehe die Koalition nicht die Zusammenhänge. Dadurch, dass immer etwas wieder heruntergebetet werde, passiere es nicht schon, mahnte die Vorsitzende und warnte davor, frühe Ansätze der individuellen Förderung von Kindern nicht zur Kenntnis zu nehmen. Sie selbst habe bei den Beratungen zum Landeshaushalt 2002 mit darauf hingewirkt, dass Mittel zur Förderung von Kindern im vorschulischen Bereich zur Verfügung gestellt werden. Die seien in den Folgejahren aufgestockt worden – „das waren sehr drastische Steigerungsraten. Wir begrüßen, dass Sie das jetzt fortsetzen.“

Minister Karl-Josef Laumann (CDU) erneuerte sein großes Interesse an einem breiten Dialog über den Sozialbericht und betonte sein Interesse an einer guten Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Maßnahmen für Bildung und gegen Armut. Sein Ministerium werde mit

dem Bericht in allen fünf Regierungsbezirken zu regionalen Konferenzen einladen. Denn es helfe nichts, die Situation schön zu reden. Vor Ort bedürfe es der Zusammenarbeit mit den Beteiligten der Kommunalpolitik. Auch sei das ehrenamtliche Engagement zu ermutigen und zu stärken. Der von der Opposition ins Feld geführte gesetzliche Mindestlohn helfe seiner Ansicht nach nicht weiter. Es gebe sicher Bereiche, in denen sich die Löhne „schwierig“ entwickelten. Der Minister schlug vor, diese Entwicklung zu verfolgen und dann zu entscheiden. „Ich glaube, dadurch kann man mit den Mitteln, die mir heute als Landesminister zur Verfügung stehen, einen wirksamen Beitrag dazu leisten, sittenwidrige Löhne zu verhindern, die hier im Hause niemand will.“



Fotos: Schälte

# Junge Menschen für die Demokratie gewinnen

Fotos: Schälte

## Interview mit Landtagspräsidentin Regina van Dinther

Vom 17. bis 19. Juni tagt in Düsseldorf die Gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags und des Südtiroler Landtags. „Landtag intern“ befragte die Gastgeberin der Konferenz, Landtagspräsidentin Regina van Dinther, über die Tagesordnung und den Schwerpunkt der Veranstaltung.

**Frau van Dinther, Sie haben im Vorjahr den Vorsitz der Gemeinsamen Konferenz übernommen. Zum letzten Mal haben die Präsidentinnen und Präsidenten in Düsseldorf 1991 getagt. Damals stand die deutsche Einheit im Mittelpunkt. Um was geht es diesmal?**

Wir haben uns viel vorgenommen. Die Föderalismusreform ist in die zweite Phase gegangen. Jetzt geht es um die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und dem Bund. Da haben die Landtage, wie ich finde, ein gewichtiges Wort mitzureden. Dann spielen Fortschritte im europäischen Verfassungsprozess eine wichtige Rolle. Den unterstützen die Landtagspräsidenten und die Landtage ausdrücklich, weil ohne die Regionen und kommunalen Gebietskörperschaften Europa ein großes Stück seiner Identität, Vielfalt und zugleich Individualität verlieren würde. Weiter werden wir reden über Abgeordnetengesetze und Verhaltensregeln, über Reformen der Geschäftsordnungen der Parlamente – hier hat Nordrhein-Westfalen schon bedeutende Änderungen durchgeführt – und – das liegt mir besonders am Herzen – über den Schwerpunkt Jugend und Parlament.

**Da hat der Landtag Nordrhein-Westfalen schon einiges vorzuweisen. Wie sieht es in diesem Bereich bei den anderen Landtagen aus?**

Im Vorfeld haben wir eine Umfrage zu den Aktivitäten der Parlamente gemacht: Was tun die anderen? Denn wir müssen hier in Nordrhein-Westfalen ja das Rad nicht neu erfinden,

sondern können voneinander lernen und unsere Aktivitäten und Initiativen bündeln. So haben wir in diesem Jahr in NRW zum ersten Mal die Veranstaltung „Jugend debattiert“ übernommen und werden sie jedes Jahr in unserem Plenarsaal, der Herzkammer der Demokratie, stattfinden lassen. Im Übrigen stelle ich mir vor, dass die Beratungen der Präsidentenkonferenz am Ende zu einer gemeinsamen Entschließung führen. Niemand kann bestreiten: Demokratie

lebt von der Teilhabe, gerade und vor allem junger Menschen.

**Die Beteiligung junger Menschen an Wahlen für Bundestag und Landtag ist ja nicht gerade berauschend. Wie kann man das ändern?**

Jedenfalls nicht von heute auf morgen. Da muss man einen langen Atem haben und den Hebel an vielerlei Stellen ansetzen. Das tun wir hier im Landtag NRW. Wir steigern kontinuierlich den Anteil junger Leute an den Gruppen, die den Landtag besuchen. Das Präsidium des Landtags geht zu den Schulen im ganzen Land und es ist eine Freude zu erleben, wie interessiert und konkret schon Zehnjährige die Politiker ins Gebet nehmen. Die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ legt, wann immer es sich anbietet, den Schwerpunkt in der Berichterstattung auf jugendpolitische Themen. Wir nutzen immer intensiver die Möglichkeiten des Internets, um der jungen Generation altersgerechte Informationsangebote zu machen und sie mit der Internetseite des Landtags zu vernetzen – mit zunehmendem Erfolg, wie die Zahlen zeigen. Der Landtag bietet Praktika für Schüler und Studierende an und arbeitet mit Hochschulen zusammen. Das läuft hervorragend, weil wir nicht mit erhobenem Zeigefinger daherkommen, um junge Leute zu belehren. Die haben auch ein feines Gespür für Inszenierungen: Man sollte ihre Geduld und ihren guten Willen nicht durch parteipolitisches Gerangel überstrapazieren.

*Das Gespräch führte Jürgen Knepper*

## Durch den Landtag ...

... führt Paul, der Kulturbotschafter, Jungen und Mädchen der vierten Grundschulklassen und der unteren Klassen von weiterführenden Schulen. Die lustige Comicfigur hat ein ernstes Anliegen. Sie will erklären, was im Landesparlament geschieht und gibt Antworten auf Fragen wie: Was machen eigentlich Politiker? Haben die einen festen Sitzplatz? Gibt es für sie einen Stundenplan? Was sind eigentlich Gesetze und betreffen die auch mich? Wie sieht der Arbeitsalltag der Landtagspräsidentin aus? Die Broschüre enthält jede Menge Rätselspaß. So können die jungen Leserinnen und Leser die Bundesländer geografisch zuordnen oder ein Puzzle vom Landtag aus der letzten Seite ausschneiden und wieder zusammensetzen. Auch können die Kinder aufschreiben, was sie als Politiker machen würden. Die Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung der Ursula-Lübbecke-Stiftung hergestellt und kann kostenlos bestellt werden: [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)





Am runden Tisch im Gesundheitsausschuss wurden die Vorfälle am Essener Klinikum erörtert. Der lebhaften Debatte ging ein Bericht der Landesregierung voraus.

Foto: Schälte

## Operation nur gegen Spende?

### Landtag beschäftigt sich mit Vorkommnissen am Uniklinikum Essen

*Der Sitzungssaal im Düsseldorfer Landtag platzte buchstäblich aus allen Nähten, als es im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) um die Vorkommnisse am Universitätsklinikum Essen ging. Mitte Mai war der Vorwurf an die Öffentlichkeit gedrungen, der Leiter des Transplantationszentrums Professor Christoph Broelsch habe von einer kranken Kassenpatientin als „Gegenleistung“ für eine vorgezogenen Operationstermin eine Spende in Höhe von 5.000 Euro auf ein Klinikkonto verlangt. Die Staatsanwaltschaft Essen hat daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen den Arzt eingeleitet. Die Abgeordneten sahen jedoch weiteren Klärungsbedarf: Handelt es sich tatsächlich nur um einen Einzelfall?*

Zum derzeitigen Erkenntnisstand im Essener Fall führte Innovations-Staatssekretär Dr. Michael Stückradt aus: Das Ministerium habe am 16. Mai durch einen Pressebericht von den Vorwürfen gegen Professor Broelsch erfahren. Noch am selben Tag habe sich sein Haus mit dem Vorstand des Klinikums in Verbindung gesetzt. Dem Ministerium sei mitgeteilt worden, dass der Mediziner die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, er habe eine beschleunigte Aufnahme von einer Spendenzahlung abhängig gemacht, bestreitet. Broelsch habe lediglich eingeräumt, in denjenigen Fällen um eine Spende auf ein Drittmittelkonto für Forschung und Lehre gebeten zu haben, in denen Kassenpatienten Wert auf Behandlung durch ihn persönlich gelegt und diese auch erhalten hätten.

Am Nachmittag desselben Tages habe das Ministerium von einem bereits seit August 2006 laufenden Ermittlungsverfahren gegen Broelsch erfahren. Hier geht die Staatsanwaltschaft Essen dem Vorwurf nach, er habe gegen Zahlung von rund 60.000 Euro die schnellere Beschaffung einer Spenderleber und die Transplantation bei einer griechischen Krebspatientin ermöglicht.

Am 22. Mai, so der Staatssekretär weiter, habe der Rektor der Universität Duisburg-Essen den Arzt zu den Vorwürfen angehört. Auf Broelschs eigenen Antrag habe der Rektor ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Eine vorläufi-

ge Dienstenthebung nach dem Landesdisziplinargesetz sei nach Aussage des Rektors nicht angezeigt gewesen. „Aus rechtlicher Sicht ist diese Entscheidung nicht zu beanstanden“, konstatierte der Staatssekretär. Neue Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft könnten diese Einschätzung aber ändern. „Insofern ist das Ergebnis vorläufig und nur auf der Basis des gegenwärtigen Kenntnisstandes zu bewerten.“

#### 80 VERDACHTSFÄLLE

Abschließend berichtete Stückradt, dass sich seit Bekanntwerden der Vorkommnisse bis heute eine „deutlich zweistellige Zahl von Patienten“ beim Ministerium und bei der Staatsanwaltschaft gemeldet habe, die von ähnlichen Vorkommnissen zu berichten wussten. „Alle diese Fälle betreffen ausnahmslos das Universitätsklinikum Essen“, betonte der Staatssekretär. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Essen ergänzte, dass bis heute laufend weitere Mitteilungen bei seiner Behörde eingingen. Mittlerweile belaufe sich die Zahl auf insgesamt rund 80 Verdachtsfälle.

Barbara Steffens (GRÜNE) wollte wissen: Ist vielleicht die Praxis „Aufnahme gegen Spende“ ein flächendeckendes Problem in NRW? Die Landesregierung sei gefordert zu klären, ob es sich um einen Einzelfall handelt, oder

ob nur die „Spitze vom Eisberg angekratzt“ wurde. Inwiefern der vorliegende Fall Anlass für eine Überarbeitung des Krankenhaus- und des Transplantationsgesetzes biete, diese Frage stellte Heike Gebhard (SPD). Es müsse untersucht werden, ob Lücken im organisatorischen Ablauf oder in der Kontrolle bestehen.

Dr. Robert Orth (FDP) warnte davor, Gerüchte in der Öffentlichkeit zu streuen. Das stehe einer sachlichen und schonungslosen Aufklärung, die der vorliegende Fall verlange, im Wege. „Das Portmonee darf keinerlei Einfluss auf die Wartelisten für Transplantationen ausüben“, betonte Orth. Rückendeckung erhielt er von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU): Verstöße gegen das Transplantationsgesetz seien aus seiner Sicht „eine Form der gemeinsten Kriminalität“ überhaupt. Dagegen müsse mit aller dem Staat zur Verfügung stehenden Härte vorgegangen werden.

„Wir müssen uns aber davor hüten, alle Krankenhäuser im Land jetzt unter einen Generalverdacht zu stellen“, so Laumann weiter. Er habe eine Rundfrage an alle Bezirksregierungen gerichtet. Dort seien bislang keine Hinweise auf ähnliche Vorfälle an anderen Kliniken eingegangen. Die gesetzlichen Regelungen zur Transplantation bezeichnete er zudem als „weitgehend lückenlos“. Es bedürfe schon „einer erheblichen kriminellen Energie“, diese zu umgehen.

ax

# Schutz vor Passivrauchen

## Anhörung zeigt Unterstützung für SPD-Gesetzentwurf

*Bis zur parlamentarischen Sommerpause will NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Nichtraucherschutz vorlegen. Noch sind keine Einzelheiten bekannt, nur soviel: Ab Januar 2008 soll das Rauchen in der Öffentlichkeit weitgehend verboten werden. Die SPD hat schon einen eigenen Vorschlag, den Entwurf eines Passivraucherschutzgesetzes (Drs. 14/3673), vorgelegt.*

Zustimmung bekam der geplante Schutz vor den Folgen des Passivrauchens aus den Reihen der Expertinnen und Experten, die im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) ihre Stellungnahmen erläuterten. Sie machten deutlich: Raucher, die sich eine Zigarette anzünden wollen, sollen aus allen öffentlich zugänglichen Innenräumen verbannt werden. Ohne Ausnahme. Auch aus Eckkneipen und Einraumlokalen. Gegen diese Ansicht stellte sich nur der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) mit seinem Hauptgeschäftsführer Klaus Hübenthal.

Glaut man den von den Antirauch-Experten zitierten Gutachten und Zahlen, dann ist ein totales Rauchverbot nicht nur gut für alle Nichtraucher. Auch die von Hübenthal geäußerten Ängste um die geschäftliche Gesundheit der Branche, die unter einem Rauchverbot zu leiden hätte, stellten sich danach als unhaltbar heraus. Denn Berichte aus EU Staaten, die seit längerem über umfassende Rauchverbote verfügen, besagen, dass es den Betrieben seitdem wirtschaftlich besser geht als zuvor.

In Irland beispielsweise werden Gaststätten besser besucht als vorher, so dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Das römische Gesundheitsministerium meldet, dass die Zahl der Raucher seit Inkrafttreten des Rauchverbots vor zwei Jahren um 1,9 Prozent gesunken ist. Aber nicht nur das: Auch

der Verbrauch der Raucher sank von durchschnittlich 15 auf 13 Zigaretten pro Tag.

Bestätigen wollte diese Zahlen der Sprecher des Gastgewerbes nicht. Geliefert hatte sie Dr. Martina Pötschke-Langer vom Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg. Hübenthal berief sich darauf, dass es keine gesicherten Daten darüber gebe, ob Nichtrauchen in Gaststätten ein Wettbewerbsvorteil sei. Das hatte die CDU-Abgeordnete Ursula Monheim zu bedenken gegeben. Der DEHOGA-Sprecher wehrte sich gegen alle Regelungen zum Nichtraucherschutz. Ein Rauchverbot in Gaststätten bewertete er als „Eingriff in die unternehmerische Freiheit“. Zumindest so lange, wie Rauchen generell erlaubt sei, sollte auch in Gaststätten geraucht werden dürfen. Denn, so Hübenthal: „Es wird niemand gezwungen, in eine Gaststätte zu gehen.“

### AUSNAHMEN?

Eine klare Absage erteilte allen Rauchern auch der Vertreter des Nichtraucherschutzbundes NRW, Dr. Helmut Weber. Auf die Frage des gesundheitspolitischen Sprechers der FDP, Dr. Stefan Romberg, ob Todkranken, „die nur noch drei Tage zu leben haben“ oder psychisch Kranken die Zigarette verwehrt werden solle, antwortete Weber: „Es kann keine Ausnahmen geben, wo Raucher mit Nichtrauchern zusammenkommen. Die Räume, in denen geraucht wird, sind mit Krebs erzeugenden Stoffen kon-

taminiert.“ Auf die „Therapiefreiheit“ des Arztes setzte dagegen Matthias Blum, Vertreter der Krankenhausgesellschaft NRW. Er berief sich auf den Entwurf für das NRW-Krankenhausgestaltungsgesetz, das ein grundsätzliches Rauchverbot vorsieht, aber „in Einzelfällen aus Therapiegründen“ Ausnahmen gestattet.

Wie viele Arbeitnehmer in der Gastronomie durch Passivrauchen erkrankten, wollte die SPD-Abgeordnete Ulla Meurer wissen. Genaue Zahlen konnte Pötschke-Langer nicht liefern. Dafür aber andere Fakten: Messungen ihres Institutes hätten ergeben, dass Gastronomie-mitarbeiter und Reinigungspersonal die am höchsten belasteten Arbeitsplätze innehätten. Die Expertin: „Kein anderer Arbeitnehmer ist derart belastet.“ In England sterbe wöchentlich ein Gastronomiemitarbeiter an den Folgen des Passivrauchens. Von den Giftstoffen im Zigarettenqualm „können schon kleine Mengen das Erbgut eines Menschen verändern“. Für sie dürfe es keinen Mindestwert geben.

Für Aufregung und Kritik bei SPD und Grünen sorgten Äußerungen von Rainer Wendt. Der Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft erteilte dem Rauchverbot eine Absage – wenn auch aus anderen Gründen als die Betreiber von Hotels und Gaststätten. Der Gewerkschafter: „Differenzierte Regelungen sind nicht im Entferntesten zu überwachen. Polizei und Ordnungsbehörden sind für solche Aufgaben nicht aufgestellt.“ Vielmehr sollte die Kontrolle eines Rauchverbotes den Inhabern des Hausrechts übertragen werden.

Das totale Rauchverbot unterstützen auch der DGB, die Verbraucherzentrale NRW, die kommunalen Spitzenverbände und der ebenfalls zur Anhörung geladene Dortmunder Verein „Frauen aktiv contra Tabak“.

MD

Über 20 Mitglieder zählt der Kommunalausschuss. Da heißt es, den Überblick zu bewahren – vor allem wenn man als Experte nicht zu den ständigen Gästen von Ausschussanhörungen gehört. Hilfreich ist da ein Faltblatt, das die Ausschussmitglieder im Bild vorstellt und vom Ausschusssekretariat verteilt wird. Foto: Schälte



Die Stichwahl bringt kein größeres Maß an demokratischer Legitimation mit sich“, meinte Hans-Gerd von Lennep als Beigeordneter des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebunds. Er wies darauf hin, dass die Wahlbeteiligung bei Stichwahlen regelmäßig niedrig ausfalle. Zugleich appellierte er an die Abgeordneten, über die erneute Einführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen nachzudenken. Dieser Meinung waren die meisten der geladenen Fachleute. Der von der Landesregierung vorgeschlagene Mindestsitzanteil von 0,75 Prozent als Voraussetzung für ein erstes und einziges Mandat in den Kommunalvertretungen reiche längst nicht aus, um etwa rechtsextreme Kandidaten von den Entscheidungsgremien fernzuhalten.

„EIN MEHR AN DEMOKRATIE“

Franz Josef Schumacher, Erster Beigeordneter des Landkreistags, schlug vor, die Hürde besser bei zwei bis drei Prozent der erhaltenen Wählerstimmen anzulegen. Zustimmung bekam er von Landrat Frithjof Kühn, der von seinen negativen Erlebnissen aus dem Kreistag Rhein-Sieg berichtete. Dort würden drei Mandatsträger vom links- und rechtsextremen Rand die parlamentarischen Abläufe stören. „Die Personen wären selbst dann noch in den Kreistag eingezogen, wenn es den Mindestsitzanteil gegeben hätte“, gab Kühn zu bedenken.

„Eine Sperrklausel ist den Bürgerinnen und Bürgern viel besser zu vermitteln als der Mindestsitzanteil“, merkte der Politikwissenschaftler Professor Rüdiger Robert von der Universität Münster an. Den Wegfall der Stichwahl beurteilte er kritisch: „Das bisherige Verfahren gibt auch kleinen Parteien und Gruppierungen die Möglichkeit, ihre Kandidaten der Öffentlichkeit vorzustellen. Ohne die Stichwahl wird es allerdings schon vor der Wahl zu Koalitionsbildungen kommen. Die Reform stärkt damit die beiden großen Parteien.“ Eine ähnliche Prognose stellte Professor Bodo Pieroth vom Münsteraner Institut für Öffentliches Recht. Die Reform werde dazu führen, dass die Parteien schon frühzeitig gemeinsame Absprachen träfen. „Das letzte Wort haben dann nicht mehr die Bürger, sondern die Parteien“, betonte Pieroth.

Überwiegend positive Reaktionen erteten die Grünen mit ihrem Vorschlag zum Kumulieren und Panaschieren. Demnach soll jeder Wähler bei der Wahl des Gemeinderates

## Stichwahl bleibt umstritten

### Sperrklausel – ein Mittel gegen rechtsextreme Kandidaten?

*Mit einer Reihe von Reformen will die Landesregierung das Kommunalwahlgesetz modernisieren. Über die möglichen Auswirkungen des Gesetzesentwurfs (Drs. 14/3977) informierte sich der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) in einer öffentlichen Anhörung von Experten aus Wissenschaft und Praxis. Besonders umstritten waren der geplante Wegfall von Stichwahlen zwischen Bürgermeisterkandidaten und die Einführung eines Mindestsitzanteils in den Gemeinderäten. Die Gäste nahmen außerdem zum Vorschlag der Grünen (Drs. 14/4232) Stellung, das Kumulieren und Panaschieren von Stimmen bei Kommunalwahlen zu ermöglichen.*

mehrere Stimmen erhalten, die er auf die verschiedenen Kandidaten verteilen und so die Platzierung von Personen auf den Parteilisten direkt beeinflussen kann. „Dieses Verfahren bedeutet ein Mehr an Demokratie“, lobte Professor Gerhard Banner von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Das Kumulieren und Panaschieren von Stimmen sei eine Chance für eine bürgernahe Kommunalpolitik, da die Kandidaten auf den Listenplätzen direkt um die Gunst der Wähler werben müssten. „Das System hat sich in einigen Bundesländern bewährt. Früher oder später wird es sich auch in Nordrhein-Westfalen durchsetzen, weil die Bürger es einfach so wollen“, sagte Banner.

Gegen das Verfahren sprach sich Hubert Harfst aus. Er ist seit vielen Jahren Wahlleiter der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover

und hat dort mit der praktischen Umsetzung negative Erfahrungen gesammelt. Viele Bürger würden die Regeln offenbar nicht verstehen, und zudem sei das Auszählen der Stimmen ein nur schwer zu bewältigender Kraftakt für die Wahlhelfer. Mehrere Stimmzettel streckte Harfst im Sitzungssaal des Landtags in die Höhe: „All diese Zettel müssen die Wähler bei einem einzigen Wahlvorgang ausfüllen. Das schreckt sie ab.“ Grundsätzliche Anmerkungen zur Reform machte Professor Janbernd Oebbecke vom Kommunalwissenschaftlichen Institut Münster: „Die Politik bestimmt in diesem Verfahren ihre eigenen Spielregeln. Das bringt einige Gefahren, aber es geht nun einmal nicht anders.“ Umso wichtiger sei ein fairer Austausch von Meinungen und Positionen. Darin waren sich die Abgeordneten aller Fraktionen im Ausschuss einig. SW

# Droht Notstand in der Pflege?

## Sachverständige zu Fragen der Ausbildungsfinanzierung

*Wie viel Pflege braucht NRW? Oder besser: Wie viele Altenpfleger werden künftig zur Pflege der Menschen in einer immer älter werdenden Gesellschaft benötigt? Und wo kommen die her? Nach Auslaufen der Ausnahmeregelung zur Finanzierung einer Umschulung zum Altenpfleger über die Bundesagentur (SGB III) macht sich die SPD-Fraktion Sorgen um die im Umbruch befindliche Altenpflegeausbildung. Um einen Fachkräftemangel und damit einen Pflegenotstand zu verhindern, fordert sie die Wiedereinführung der Umlagefinanzierung (Drs. 14/3480). Ist das tatsächlich die Lösung und droht wirklich ein Pflegenotstand? Das sollten im Gesundheitsausschuss (stellvertretender Vorsitz Bernhard Tenhumberg, CDU) Sachverständige beantworten.*



Die pflegerische Ausbildung wird in einer älter (und pflegebedürftiger werdenden) Gesellschaft immer bedeutsamer.

Eine eindeutige Antwort hatten die aber auch nicht parat: Dr. Waldemar Schmidt von der Forschungsgesellschaft Gerontologie erwartet aufgrund seiner Berechnungen zumindest in den nächsten vier Jahren keinen Personalmangel. Prognosen über einen längeren Zeitraum seien trotz guter Datenlage sehr ungenau, deshalb riet er der Politik zu eher kurzfristigen Beobachtungs- und Reaktionszeiträumen.

Judith Rösch von der Gewerkschaft ver.di diagnostizierte hingegen in der betrieblichen

Praxis schon heute einen Fachkräftemangel. Dabei gehe es auch um die Qualifikation der zur Verfügung stehenden Fachkräfte. So seien unter den 3.000 arbeitslosen Altenpflegern viele, die keine dreijährige Ausbildung vorweisen könnten. Dabei würden die Ansprüche an Pflegekräfte nicht nur im Bereich der Demenzbetreuung zunehmend höher. Darum forderte sie pro Jahr 5.500 Ausbildungsplätze und eine Finanzierung analog zur Krankenpflegeausbildung. Eine Einschätzung, die auch Michael Huneke von der Berufsgenossenschaft Ham-

burg weitgehend teilte. Ergebnis seiner stichprobenartigen Befragung: Von 77 ambulanten Pflegediensten bildet nur ein einziger aus. Warum? „Weil die Finanzierung fehlt.“ Bereits heute sei die Altenpflege völlig überaltert, ein Drittel der Pflegekräfte älter als 50, ein weiteres jenseits der 40.

„Die Ausbildungsstruktur in NRW ist ein gewachsener Sonderweg, der auch unseren Absolventen Nachteile bringt – bei der Anerkennung auf EU-Ebene oder für den beruflichen Aufstieg“, sagte Gertrud Löhken-Mehring von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und plädierte für „eine Ausbildung als Fachschule im Berufskollegsystem“. Den Fachseminaren alter Prägung jedenfalls brächen derzeit die Kooperationspartner für Praktika weg. Nach Abschaffung des Betriebskostenzuschusses hätten allein im vergangenen Jahr sechs Einrichtungen schließen müssen.

### MIGRANTEN

Als zusätzliche Herausforderung an die Altenpflege kommender Jahre verwies Stephan von Bodemer vom Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen auf rund zehn Millionen Versorgungstage, die aus den Krankenhäusern vor allem in den ambulanten Pflegebereich verlagert würden. Ebenfalls viel zu wenig beachtet: Die besonderen Anforderungen von pflegebedürftigen Migranten. „Bereits jetzt befinden wir uns in einem Kampf um die Talente. Hunderttausende Pflegekräfte aus der osteuropäischen Schattenwirtschaft werden auch beispielsweise von den Niederlanden umworben.“

Auch wenn in den nächsten vier Jahren vielleicht kein Bedarf bestehe und selbst wenn langfristige Prognosen schwierig seien, müsse man das Thema ganz genau im Auge behalten, verlangte Marie-Luise Roberg als Vertreterin der Optionskommunen. Und vielleicht noch auf weiteren Ebenen reagieren. So brachten die Fachpolitiker in der anschließenden Diskussion mögliche Änderungen im Landesheimgesetz zur Anerkennung anderer Berufe wie Ergotherapeuten oder Psychologen als pflegerische Fachkräfte in die Debatte ein. Ebenfalls auf der Pflege-Agenda: die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Krankenkassen und Pflegeversicherung.

vok



# Last und Chance der Geschichte

## Die Nutzung der „Ordensburg“ vor dem zweiten Schritt

*Die Beteiligten sind ungeduldig: Lieber heute als morgen wüssten sie gern, wie es weitergeht. Gespannt warten sie darauf, dass die Landesregierung ihre Ankündigung wahrmacht, die Leitentscheidung – es ist die zweite in dieser Sache – zur weiteren Entwicklung der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang im Nationalpark Eifel zu veröffentlichen. Genauso gespannt sind sie auch auf die Vorstellungen des Landes zum finanziellen Rahmen der künftigen Förderung. Das wurde in der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) deutlich.*

In einem großen regionalen Konsens wird von den Kreisen Aachen, Düren und Euskirchen sowie der Stadt Schleiden zusammen mit dem Förderverein Nationalpark Eifel und der NRW-Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) daran gearbeitet, die zahlreichen Gebäude und riesigen Flächen der früheren Nazi-Kaderschule, die nach dem Krieg von Belgiern und Amerikanern als Truppenübungsplatz verwendet und für die deutsche Bevölkerung jahrzehntelang gesperrt war, so umzugestalten und zu nutzen, dass sich die wachsende Zahl von Besuchern – 140.000 waren es allein im letzten Jahr, dem ersten seit der Öffnung am 1. Januar 2006 – dort informieren und erholen kann.

Dieses Ziel schrittweise umzusetzen, erfordert eine Menge Fingerspitzengefühl und Geld – staatlicherseits und, so hofft man, bald auch von privaten Investoren. Denn es gilt mit Vogelsang einen Art von Spagat zu vollführen: Hier die zeitgeschichtliche Information und dort der Tourismus. Hier Bildung und Information, dort Erholung und Naturerlebnis – das muss sich nicht ausschließen und kann sich, wenn es gelingt, in einem unter Denkmalschutz stehenden Komplex von nationalem Rang und internationalem Interesse durchaus mit den besonderen Belangen eines umgebenden Nationalparks vertragen.

Seit der Öffnung von Vogelsang gibt es dort, als erste Entwicklungsstufe, eine „Kernnutzung“, darunter organisierte Führungen und die von den Anhörungsteilnehmern als provisorisch bezeichnete und Ende des Jahres auslaufende Besucherinformation. Das sei eine „Unternutzung“, bemängelte Thomas Fischer-Reichenbach, Geschäftsführer der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang (SEV)

und verlangte einen „Qualitätssprung“ bei der Entwicklung und Vermarktung. Sonst – diese Befürchtung teilte er mit dem Vorsitzenden des Fördervereins Nationalpark Eifel, Jürgen Roters, – litten Attraktivität und Investitionsbereitschaft. Und private Investoren seien zwingend nötig, weil die öffentliche Hand das Projekt nicht allein schultern kann, erklärte Dietmar Brockes (FDP).

### HOTELANLAGE?

Die Erwartungshaltung vieler Besucher dürfe nicht enttäuscht werden, fand der Sprecher der Eifeltouristik, Helmut Etschenberg. Er vermisste vor Ort besonders eine „vernünftige“ Gastronomie und plädierte für eine „Flaggschiff-Hotellerie“ als durchaus ernst zu prüfende Alternative, sozusagen als Leuchtturm für die mittelständisch geprägten Klein- und Mittelbetriebe im Eifeler Tourismusangebot. „Wir sehen den Naturpark und Vogelsang als Gesamtbestandteil einer Entwicklungsstrategie für die Eifel mit höherwertigen Hotelangeboten“, assistierte ihm als Sprecher der Aachener Industrie- und Handelskammer Jürgen Drewes. Sie antworteten damit auf die Frage von Reiner Priggen (GRÜNE) nach Großanlagen wie Fünfsterne-Hotel und Golfplatz auf Vogelsang. Seine Fraktion hat einen Antrag (Drs. 14/3852) vorgelegt, der in die Anhörung einfließt.

An dieser Stelle zeigten sich Meinungsunterschiede in Fragen wie der, ob das Gelände An- oder Neubauten verträgt und ob eine große Freifläche auf Vogelsang als Parkplatz genutzt werden sollte. Hier gab die Sprecherin für den Denkmalschutz, Dr. Monika Herzog vom Rheinischen Amt für Denkmalpflege ihr Votum ab.

Ihr Grundsatz: „Keine Nutzung um jeden Preis!“ Ein Großhotel würde Unverständnis hervorrufen. Herzog zur Bedeutung Vogelsangs: „Die Ordensburg ist insofern ein Unikat, als sie das einzige erhaltene Landschaftsdenkmal des Dritten Reichs ist.“ Die Anlage lasse bis heute ihre Bestimmung als Macht- und Propagandaarchitektur erkennen. Sie hielt nichts davon, die Anschaulichkeit der Anlage „zu verunkeln“ und sprach sich für den Verzicht auf Bebauung der Freiflächen aus. Die denkmalgeschützten Bauten sollten mit zeitgemäßem Leben gefüllt werden – das könne aber „keine unbeschwerte und gängige touristische Nutzung im herkömmlichen Sinne sein“.

Und wie steht es mit der Gefahr, Vogelsang könnte zum Wallfahrtsort von Neonazis und Rechtsextremisten werden? Diese Sorge brachten der Vorsitzende Knieps (CDU) und Elisabeth Koschorreck (SPD) zur Sprache. Da war das Wort eines Historikers, Dr. Volker Dahm, Leiter der Dokumentation Obersalzberg in Berchtesgaden, von Wert. Er erklärte, auf dem Obersalzberg, Hitlers zweitem Machtzentrum neben Berlin, spielten „nostalgische Motive oder rechtsextreme Orientierungen“ nur bei sehr wenigen eine Rolle. Wie der Obersalzberg sei Vogelsang ein „Täterort“, kein „Opferort“, wo zahllose Menschen zu Tode gekommen sind. Das Wissen bei den Besuchern sei in der Regel sehr gering, das biete die Chance, „den Ort Vogelsang in sachkundiger Weise zu erklären und seine Funktion im NS-Herrschaftssystem klarzumachen“. Das erwarteten die Menschen und damit sei der Gefahr entgegenzuwirken, „dass das zweifellos imposante Bauwerk die heutigen Besucher beeindruckt und zu positiven Urteilen über den Nationalsozialismus veranlasst“.

JK

## Aus vier mach eins

### Die Landesvertretung in Brüssel hat ein neues Domizil gefunden

*Es existiert zwar noch kein unterschriebener Vertrag, aber eine feste Abmachung. Danach gibt die Landesvertretung in Brüssel ihren auf vier Häuser verstreuten bisherigen Sitz auf und mietet sich in ein funktionales, modernes Büroekhaus in der Nähe der europäischen Institutionen ein.*

Das erklärte kürzlich im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) Europaminister Michael Breuer (CDU) auf Anfrage der SPD-Fraktion. Dieser Lösung, so der Minister weiter, habe man nach langer Überlegung gegenüber einer Modernisierung und Renovierung der Immobilie in der Avenue Michel-Ange den Vorzug gegeben. Diese Liegenschaft im Besitz des Landes habe zwar durchaus ihren „Charme“, aber es seien nun einmal von der Struktur her Wohngebäude, die für einen Bürobetrieb und für Repräsentationszwecke wenig geeignet sind.

Eines der vier Häuser, die Nr. 11, befindet sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Das werfe etwa beim Akzenttransport Probleme auf. Dann sei die Beseitigung von Arbeitsraum ohne direkten Tageslichteinfall unaufschiebbar. Die Veranstaltungsmöglichkeiten seien unzureichend, betonte der Minister. Für den Ablauf hinderlich seien die zum Teil fehlenden Verbindungen zwischen den Häusern.

Renovierung und Umbau – einschließlich der Installation moderner Kommunikationseinrichtungen – würden mit an die fünf Millionen Euro beziffert. Dass in Presseberichten der der-

zeitige Sitz der Landesvertretung als „Bruchbude“ titulierte worden sei, stelle aber – hier wurde Breuer deutlich – eine „völlig unangemessene Bezeichnung“ dar.

Das neue Bürohaus werde angemietet. Es habe, da die Landesvertretung nur zweieinhalb der insgesamt acht Geschosse beanspruche, daneben auch Platz für weitere nordrhein-westfälische Institutionen, sodass das angestrebte Konzept eines „Nordrhein-Westfalen-Hauses“ in der Europahauptstadt besser realisiert werden könne. Dieser Gedanke hatte auch beim Beschluss des Landeskabinetts im Jahr 2004 eine Rolle gespielt, der einen Ausbau am Standort Michel-Ange vorsah und diese Lösung seinerzeit als wirtschaftlich und angemessen bewertete.

#### STANDORTSUCHE

In der Zwischenzeit, so fuhr Minister Breuer fort, habe sich dieser Lösungsansatz aus mehreren Gründen als problematisch erwiesen. Zum einen wäre eine Genehmigung, am gegebenen Standort weiteren Büroraum einzurichten, durch die Brüsseler Stadtverwaltung nicht sehr

wahrscheinlich: Obwohl sie Sitz zahlreicher europäischer Einrichtungen sei, zeichne sie sich nicht durch allzu großes Entgegenkommen bei der Umwandlung von Wohn- in Büroraum aus, wurde angemerkt. Zum anderen würden Umbau und Erneuerung der technischen Infrastruktur den laufenden Geschäftsbetrieb über einen längeren Zeitraum massiv behindern. So sei man zu dem Fazit gekommen, dass selbst bei einer günstigen Entscheidung der Brüsseler Behörden zur Erfüllung des Raumbedarfs die Anmietung weiterer Bürokapazitäten außerhalb des bisherigen Standorts erforderlich sei. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären dann in Brüssel auf unterschiedliche Orte verteilt. Die Landesregierung habe darum Ende vergangenen Jahres beschlossen, den alten Kabinettsbeschluss aufzuheben und den Europaminister beauftragt, so schnell wie möglich alternative Standorte in Brüssel zu suchen.

Mit der Standortsuche sei der Bau- und Liegenschaftsbetrieb in Aachen betraut worden. Der habe an die 30 Objekte begutachtet. Dabei habe sich der neue Standort, das Büroekhaus (Breuer: „Funktional und kein Prunkbau“) als klare Empfehlung herausgestellt. Es befindet sich in einem sanierten Zustand und werde vom Eigentümer nach den Vorstellungen des künftigen Mieters ausgebaut. Nach Schätzung des BLB sind dazu 2,5 Millionen Euro erforderlich. Die Jahresmiete belaufe sich voraussichtlich auf 900.000 Euro. Die Mittel seien durch den Landeshaushalt gedeckt. Nach weiteren Rückfragen der Abgeordneten nahmen die vier Fraktionen des Hauptausschusses den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis. JK



## Rauschen im Blätterwald ...

... verursacht regelmäßig der Jahresbericht des Landesrechnungshofs. Bevor dessen Präsidentin Ute Scholle (l.) die Befunde zum laxen Umgang der öffentlichen Verwaltung mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger diesmal der Öffentlichkeit vorstellte, übereichte sie der Präsidentin des Landtags Regina van Dinter (r.) und damit dem Landtag den Bericht 2007.

Foto: Schälte

# Neue Regeln im Strafvollzug

## Experten zur Abschaffung des Landesjustizvollzugsamts

*Der Justizvollzug in NRW soll effektiver werden, zumindest wenn es um seine Verwaltung geht. Deshalb will die Landesregierung das Landesjustizvollzugsamt auflösen, die Aufsicht über die 37 Haftanstalten direkt dem Justizministerium übertragen. Gleichzeitig sollen Gefangene künftig direkt gegen vermeintlich ungerechte Behandlung klagen können. So sieht es das Justizvollzugsmodernisierungsgesetz (Drs. 14/3980) vor. Dieses Modell gibt es bereits in anderen Bundesländern. Darum lud der Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) Sachverständige ein, die über ihre Erfahrungen berichten sollten.*

Die waren durchweg positiv: Während Vertreter aus Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen ihren direkten Draht zwischen JVA und Ministerium nicht mehr missen möchten, wertete Dr. Karl Drexler aus dem Nachbarland Österreich die gerade vollzogene Einführung der Mittelbehörde „Vollzugsdirektion“ als großen Fortschritt.

Seit Mitte der 90er Jahre gibt es im niedersächsischen Justizvollzug keine Mittelbehörde mehr: „Eine ganz klare Stärkung der Anstaltsleiter“, so Dr. Monica Steinhilper. So mische sich das Ministerium nicht mehr in die Detailaufgaben ein, sei lediglich für die Aufsicht zuständig. Die Verantwortung beispielsweise auch für die Wirtschaftlichkeit der Einrichtung liege bei den örtlichen Leitern. „Strafvollzug braucht kurze Wege und verantwortliche Entscheider vor Ort“, erklärte sie. Dienstrechtliche Befugnisse inklusive Beförderung (bis zur Besoldungsstufe A11) könnten übertragen werden. Zustimmungsvorbehalte gehörten ebenso auf den Prüfstand wie die zahlreichen Berichtspflichten: „Die haben wir zum Großteil abgeschafft.“ Für die Fachaufsicht hat man in Niedersachsen ein Controlling-System entwickelt, in der entsprechenden Abteilung des Justizministeriums arbeiten nicht mehr ausschließlich Juristen, sondern auch Betriebswirtschaftler, Sozialarbeiter und Mediziner.

„Eine effektive Aufsicht ist auch ohne Mittelbehörde möglich“, meinte Ministerialdirigent

Hermann Korndörfer aus Bayern. Das Land vertraue von jeher auf den zweistufigen Aufbau im Justizvollzug. Mit seinen 25 Kollegen ist er für 36 Haftanstalten im Freistaat zuständig. Dabei ist er besonders stolz auf den engen Draht zu den JVA-Leitern. „Mit denen sind wir täglich per Telefon im Kontakt.“ So sei man auch im Krisenfall binnen Minuten informiert. Für eine echte eigene Fachaufsicht sei man jedoch „personell zu eng gestrikt“. Deshalb setzt man auf ein Netzwerk externer Fachberater.

### EIGENVERANTWORTUNG

„Mehr Eigenverantwortung führt auch zu mehr Engagement der Anstaltsleiter“, so der Leiter der JVA Freiburg Thomas Rösch. In Baden-Württemberg sei das Ministerium „sehr nah dran, zum Teil selbst in Einzelfälle involviert“. Auch wenn Rösch zusammen mit seinen Kollegen in den insgesamt 18 Vollzugsanstalten mit dem neuen System überaus zufrieden ist, konnte er einer Mittelbehörde zumindest einen Vorteil abgewinnen: Als Puffer, der in Krisenfällen Druck sowohl von den politisch wie auch den operativ Verantwortlichen nimmt. Beruhigendes gab es auch mit Blick auf die Abschaffung des so genannten „Vorverfahrens“, das bei Beschwerden von Gefangenen derzeit noch einer möglichen Klage vorgeschaltet ist. Abgesehen davon,

dass es dem Rechtsschutz der Gefangenen diene, sei die Zahl der Klagen weit weniger gestiegen als befürchtet, so die Erfahrungen aus Baden-Württemberg.

Eher resigniert fiel die Stellungnahme aus der Sicht der zuständigen Gewerkschaft aus. Die hatte bereits 2003 vergeblich gegen die Zusammenlegung der beiden Landesvollzugsämter protestiert. Eines allein, so die bis heute gültige Einschätzung des BSB-D-Landesvorsitzenden Klaus Jäkel, könne die Aufgaben nicht abarbeiten. Dabei brauche der Vollzug gerade angesichts der „zum Glück anlaufenden Reformen“ intensive Betreuung. Also ein klares Ja zur Mittelebene – auch als „Schutzwall vor politischen Schnellschüssen“. Lob gab es für einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen, die einen neuen Hauptpersonalrat für den Justizvollzug schaffen möchten. Das bot Anlass für einen Disput mit der SPD, die sich zwar über die Kritik am Landespersonalvertretungsgesetz erfreut zeigte, bei Schaffung eines eigenen Hauptpersonalrates Justizvollzug aber eine Abkopplung des Strafvollzuges befürchtete.

Zurück nach Österreich. Dort leitet Dr. Karl Drexler die neu geschaffene Vollzugsdirektion. „Das Ministerium ist nur für die Strategie zuständig, wie für Fragen wie Personalbewirtschaftung und Budget.“ Es handele sich um ein Modell der Trennung operativer und politischer Verantwortung, das seine Feuertaufe bereits in einem brisanten Einzelfall bewiesen habe. *vol*

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

**B**ürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, findet nach der Sommerpause des Parlaments am 13. August 2007 statt. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

**D**ie Konsequenzen aus den Millionenverlusten der WestLB für das Land NRW als Miteigentümer sind noch nicht zu übersehen. Im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) berichtete Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) über die Vorgänge im so genannten Eigenhandel mit Spread-Papieren, die der Bank nach derzeitigem Stand einen Verlust von mindestens 243 Millionen Euro bescheren – mehr als doppelt soviel wie zunächst angenommen. Obwohl die WestLB das Quartal trotzdem mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abschlieÙe und auch das Rating erhalten bleibe, sei das alles andere als befriedigend. Welche Auswirkungen das auf den Wert des Landesanteils habe, konnte der Minister ebenso wenig einschätzen, wie mögliche Konsequenzen für das Geschäftsmodell. Das sei Sache der Eigentümer, mehrheitlich also der Sparkassen. Zu personellen Konsequenzen will sich der Minister erst äußern, wenn Ende August der Untersuchungsbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) vorliegt. Verantwortlich für die Höhe des Verlusts sei auch das Bekanntwerden von Interna in der Öffentlichkeit gewesen. Während SPD und GRÜNE in einer mehr als einstündigen, heftigen Debatte immer wieder die Rolle des Aufsichtsratsmitglieds Linssen hinterfragten, warfen CDU und FDP der Opposition vor, mit ihrem Verhalten die Interessen der Bank zu beschädigen und selbst „zum finanziellen Risiko für das Land“ zu werden.

**T**rinken bis zum Umfallen. Was kann Politik gegen lebensgefährliche Alkoholexzesse junger Menschen im Rahmen des so genannten „Flatrate-Partys“ (gegen Zahlung eines festen Eintrittspreises sind alkoholischen Getränke frei) ausrichten? Damit beschäftigte sich jetzt der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (stellvertretender Vorsitz Bernhard Tenhumberg, CDU). Grundlage ist ein Antrag der Grünen (Drs. 14/4026), die unter anderem ein generelles Verbot solcher Angebote fordern. Fest steht, dass bereits nach geltendem Recht Wirte verpflichtet sind, „sichtlich alkoholisierten Gästen“ keinen Alkohol mehr auszuschenken. Leider, so die Abgeordneten, scheinen hier jedoch die Kontroll-



CDU). So ist unter anderem geplant, die Bemühungen um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit oder nach längerer Beurlaubung zu intensivieren. Aus diesem Grunde soll im Landtag eine überfraktionelle Arbeitsgruppe gegründet werden, die einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen erarbeiten soll. Vertreterinnen aller Fraktionen sicherten im Ausschuss dem Vorhaben ihre volle Unterstützung zu.

+++

**M**it einer ganzen Reihe von öffentlichen Anhörungen starten die Landtags-Ausschüsse nach der Sommerpause: Den Anfang macht der **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) zusammen mit dem **Haushalts- und Finanzausschuss** am 8. August. In der Anhörung wird es um den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Personalvertretungsrechts und schulrechtlicher Vorschriften gehen (Drs. 14/4239). Sitzungsbeginn ist um 10.30 Uhr im Plenarsaal. Gleich zwei Tage hintereinander – am 14. und 15. August – diskutiert der **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) mit Sachverständigen über die Pläne der Landesregierung zur Reform der Gemeindeordnung (Drs. 14/3979). Am ers-

Illustration: Peter Flock

ten Tag beginnt die Sitzung um 12.30 Uhr, am darauffolgenden Tag bereits um 10 Uhr, jeweils im Plenarsaal. Ebenfalls ab 10 Uhr (15. August) beschäftigt sich der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW (Drs. 14/3958). Wiederum einen Tag später, am 16. August, hört der **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) ab 10 Uhr Experten zu den beiden Gesetzentwürfen der Landesregierung (Drs. 14/3978) und der GRÜNE-Fraktion (Drs. 14/719) zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Die Sitzung findet im CDU-Fraktionssaal statt. Schließlich beschäftigt den **Ausschuss für Frauenpolitik** am selben Vormittag (ab 10.30 Uhr) der Antrag der Grünen „Präventionskonzept für den Gesundheitsbereich in NRW geschlechtergerecht gestalten“ (Drs. 14/3491). Sitzungsort ist der Plenarsaal.

+++

**Ü**ber die Aktivitäten der Landtagsverwaltung zum Ausbau der Familienfreundlichkeit und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf informierte Landtagspräsidentin Regina van Dinther jüngst den **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl,

Vorlaute Kritiker hatte Köppler zum Fundamentalisten des Klerus abstem-peln wollen. Standhaft hat jedoch der Jugendführer der Katholiken sein Religionsverständnis gegen Bischöfe wie Michael Keller (Münster) und andere im Episkopat verteidigt. Sturmfest stritt Köppler auch mit Parteifreunden wie Franz Meyers. Der damalige Innenminister wollte eine FDJ-Delegation aus Ost-Berlin verhaften. Vehementer Protest, Honeckers Freunden wurde kein Haar gekrümmt.

## MEISTERSTÜCK

Opposition um jeden Preis? Nein! Obwohl die CDU im Lande eine kommunale Neuordnung ablehnte, wie sie die Minister Willi Weyer (FDP) und Friedrich Halstenberg namens der Regierung Kühn (SPD) anbahnten, setzte der Oppositionsführer die geradezu revolutionäre Notwendigkeit in seiner Landtagsfraktion durch. 80 Prozent aller bis dato selbständigen Gemeinden büßten ihre Amtshoheit ein: CDU, SPD und FDP Hand in Hand, ein Meisterstück der parlamentarischen Demokratie, ein Jahrhundertwerk.

Danach kämpfte der Oppositions-Herold die Regierung nieder, weil sie einen Kommunisten zum Richter ernennen wollte, und als Bildungs-Ideologen in der SPD die Zukunft der Gymnasien zerschlagen wollten, rief Köppler zum Volksbegehren auf und siegte. Da gönnte er sich ätzende Süffisanz im Dialog mit Kultusminister Jürgen Girgensohn (SPD), der ja nun keine „sozialistische Einheits-Schule“ für seine Enkelkinder zu fürchten hätte.

Was bleibt? So fragt Historiker Marx, selbst kein Zeitzeuge. Köpplers früher, vielleicht doch noch vermeidbarer Herztod an einem Sonntagmittag im Krankenhaus, stürzte die CDU in Depressionen, bis Jürgen Rüttgers (CDU) kam.

Alle Köppler-Nachfolger bis zum Jahre 2000 verharren im traurigen Mut, freudloses Herumsitzen auf Oppositionsbänken bis in die Nacht, glimmende Fixsterne verglühten. Zwei Jahrzehnte lang trauerten die Freunde Köppler nach. Er war unersetzlich, stellt Dr. Marx fest, der ihn persönlich nicht erlebt hat, diesen gro-

Stefan Marx: Heinrich Köppler (1925-1980). Politik aus christlicher Verantwortung. Droste 2006. 348 Seiten. 29,80 Euro



## Der Sieger ohne Fortüne

### Umfangreiche Biografie des CDU-Politikers Heinrich Köppler

*Die 60-jährige Landes- wie Landtags-Geschichte bedarf der Zeugenschaft ihrer Epoche. Darum ist das aufklärerische Buch, wie es der Historiker Dr. Stefan Marx aus 50 Quellen geschöpft und akzentuiert hat, von primärer Bedeutung. Ist der Lebenslauf Heinrich Köpplers signifikant? Berufsoffizier, Kriegsgefangenschaft, Studium, Jugendführer, Politiker und zweifacher Wahlsieger in NRW, jedes Mal als Oppositionsführer gegen Heinz Kühn gestartet, aber an der Koalition aus SPD und FDP in den 1970er Jahren gescheitert. Der Junge gegen den Alten. Unvergessliche Konfrontationen!*

Von Horst-Werner Hartelt\*

ßen Mann, seine athletische Figur, der sportliche Schwung, seine Rhetorik, dieser Bassbariton, und wenn er mitten im Wahlkampf auf Wochenmarktkisten sprang, die Wucht seiner Argumentation belebte ihn selbst am meisten.

Neutralität der Gesinnung im Umgang mit eifernden Studenten verpönte Köppler. APO-Krakeeler in Hörsälen nannte er beim Namen, an seiner Seite Hochschulpolitiker Brüggemann (CDU). Unerbittlich die Dispute, die Wahrheit war oft teuer, weil gefährlich. Polizeischutz nötig! Dass Köppler auch zum Schiedsman in der CDU-Bundesführung wurde, ist der breiten Öffentlichkeit nicht bewusst geworden: Diese Machtkämpfe zwischen Kohl und Biedenkopf, Intrigen zwischen Barzel und Strauss, das Hin und Her um Albrecht und andere – Köpplers taktische Ambivalenz wurde von den Rivalen ausgenutzt, der redliche, um die Einheit der

Union besorgte Spitzenmann ausgespielt, was dem Historiker nicht verborgen blieb. Trotz dieser auch seelischen Belastungen trat Köppler zum dritten Mal zur nächstfälligen Landtagswahl 1980 an. Johannes Rau (SPD) musste zunächst um den Wahlsieg bangen, denn Köpplers Aura war nicht verbraucht.

Was fehlte dem Mann, um Ministerpräsident zu werden?

Es fehlte Fortüne. „Immer knapp links von der Mitte“ stand Köppler, so Bernhard Vogel, und was jetzt Jürgen Rüttgers über Adenauer sagte, kann auch für Heinrich Köppler gelten: Konservativ und progressiv. ■

\* Horst-Werner Hartelt war langjähriger landespolitischer Korrespondent der Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung in der Landeshauptstadt Düsseldorf und Rundfunkkommentator. Er ist Träger des renommierten Theodor-Wolff-Preises.

## CDU

## CDU: Partnerschaft NRW-Benelux vertiefen

Im Rahmen eines Fachkongresses diskutierte die CDU-Landtagsfraktion mit Europapolitikern und Vertretern aus den Niederlanden, Belgien und Luxemburg über die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen NRW und den Benelux-Staaten.

In einer „Düsseldorfer Erklärung“ fordert die CDU, die Möglichkeiten einer besonderen Partnerschaft oder besonderen Form der Assoziierung mit der Benelux-Union zu prüfen: „Wir



rufen die Landesregierung dazu auf, die hierzu notwendigen politischen Gespräche mit den Regierungen der Beneluxstaaten zu führen und die erforderlichen Umsetzungsschritte zügig in Angriff zu nehmen.“ Eine solche Verbindung solle einen erfahrbaren Mehrwert für alle Partner haben. Das anzustrebende übergeordnete Ziel müsse es dabei sein, zusammen mit einer stärkeren politischen „NRW-Benelux-Stimme“ innerhalb Europas aufzutreten und die gemeinsamen Interessen

in Brüssel wirksam und nachhaltig zu vertreten. „Im Rahmen einer um Nordrhein-Westfalen erweiterten Benelux-Union könnten neue Potenziale, Perspektiven und Wege der europäischen Zusammenarbeit erarbeitet, erprobt und vorgelebt werden“, heißt es in der Erklärung.

„Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um unser Land nach dem Auslaufen des Benelux-Vertrags im Jahr 2010 stärker in ein neues Vertragswerk zu integrieren“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl (Foto). ■

## SPD

## SPD-Fraktion setzt Zeichen gegen Kinderprostitution

Die SPD-Fraktion hat ein Zeichen gegen Kinderprostitution gesetzt und sich der „Aktion Schutzengel“ angeschlossen. Diese Initiative des Netzwerkes missio bekämpft weltweit Kinderprostitution und Sextourismus. Allein in Deutschland gibt es 400.000 Männer, die sich an der sexuellen Ausbeutung der Kinder beteiligen. Diesen Männern will die Aktion 400.001 Menschen gegenüberstellen, die mit ihrem Foto dokumentieren, dass sie Kinderprostitution und Sextourismus ablehnen. Nach

sieben Jahren hat missio Fotos mit etwa 300.000 abglichteten Menschen gesammelt. Die SPD-Abgeordneten rufen dazu auf, die „Aktion Schutzengel“ zu unterstützen. Weltweit gibt es mehr als zwei Millionen Kinder unter 15 Jahren, die sich prostituieren müssen, um zu überleben oder ihre Familien zu versorgen. Diese gefährliche Abwärtsentwicklung der Menschheit muss gestoppt werden. Mehr Informationen zur „Aktion Schutzengel“ finden Sie im Internet unter: [www.missio-aachen.de](http://www.missio-aachen.de) ■



## GRÜNE

## GRÜNE: Keine Almosenpolitik – Recht auf Schulessen muss ins Gesetz!

Es ist schön, dass die Initiative der grünen Fraktion, allen Kindern in der Schule eine leckere und gesunde Mahlzeit zu bieten, von vielen Seiten begrüßt und unterstützt wird. Der aktuelle NRW-Sozialbericht belegt, dass viele Kinder vor allem aus ärmeren Familien nicht gut versorgt werden und aufgrund der finanziellen Situation auch nicht am Mittagessen in den Schulen teilnehmen können. Die Landeselternschaft der Gymnasien hat unsere Forderung übernommen, weil mittlerweile auch an den Gymnasien ganztags gelernt wird – und das

weitgehend ohne Mittagessen und vernünftige Pausenregelungen.

Offensichtlich hat auch Ministerpräsident Rüttgers erkannt, dass er an unserer Forderung nicht vorbeikommt. Nun setzt er hektisch jeden Tag neue Zahlen in die Welt: Erst will er für jedes arme Kind im Land gerade einmal 50 Cent im Jahr (!) für die Schulmahlzeit zur Verfügung stellen. Mit dem nun aus der Taufe gehobenen Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ kann gerade einmal jedes siebte bedürftige Schulkind unterstützt werden. Zudem sollen sich die ohnehin

schon geschöpften Kommunen an der Kostenübernahme beim Schulmittagessen beteiligen. Rüttgers Vorschläge sind bestenfalls Tropfen auf den heißen Stein.

Die Schulmahlzeit darf nicht zur schwarzgelben Almosenpolitik verkommen, die von der Haushaltlage des Landes und der Laune des Ministerpräsidenten abhängt. Deshalb brauchen wir den Rechtsanspruch im Gesetz. Jedes Kind muss ein Anrecht auf die warme Mahlzeit in der Schule haben und kein Kind darf aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden. ■

## FDP

## FDP: Über 400 Gäste beim liberalen Flurfest



W eit über 400 Gäste konnte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Gerhard Papke, Ende Mai im blau-gelb geschmückten Foyer zum traditionellen Flurfest begrüßen. Einen besonderen Gruß richtete Papke an den Ministerpräsidenten des Landes NRW, Jürgen Rüttgers, der auch zur Feier der FDP-Fraktion gekommen war. Papke hob in seiner Ansprache

hervor, welche Reformanstrengungen die Koalition bisher geleistet habe. „Noch unter Rot-Grün war Nordrhein-Westfalen das Land der Bremser und Blockierer, inzwischen sind wir das Reformland Nummer eins und die FDP-Fraktion drückt weiter aufs Tempo.“ Ministerpräsident Rüttgers ließ es sich nicht nehmen, ebenfalls ein paar Worte an die liberalen Gäste zu richten und sich insbesondere für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Koalitionspartner zu bedanken. ■

## Porträt: Holger Ellerbrock (FDP)



Der Mann paddelt gegen den Strom, nicht nur als leidenschaftlicher Kajak-Fahrer. Schon die unverzichtbare Fliege des Liberalen lässt ahnen, dass Holger Ellerbrock kein angepasster Mitläufer ist, sondern ganz bewusst sein Image als Querdenker pflegt. Wenn der 59-jährige Umweltpolizist ans Rednerpult tritt, ist ihm die Aufmerksamkeit der Abgeordneten im Landtag gewiss. Ellerbrock ist keiner, der anderen nach dem Mund redet und leistet sich eine eigene Meinung. Dass er damit nicht nur bei der Opposition oft heftiges Kopfschütteln auslöst, nimmt der studierte Diplom-Geograf sportlich.

„Das Schlimmste wäre es, dumm zu sterben“, umschreibt Ellerbrock seine unangepasste Sicht der Dinge. Der Liberale legt Wert auf sachliches Argumentieren und lehnt Symbolpolitik nicht nur in Umweltfragen rigoros ab. In der Klimadebatte sorgte der Umweltsachverständige unlängst für erheblichen Unmut im Parlament, als er die hitzige Debatte über den Klimawandel als Hysterie abtat. „Natürlich gibt es menschliche Einflüsse aufs Klima. Viele Probleme lassen sich aber mit modernster Technik lösen.“ Ellerbrock glaubt an die Magie der Technik.

Zwischen 1989 und 2000 arbeitete der Wissenschaftler im Düsseldorfer Umweltministerium – zuletzt als Ministerialrat und Referatsleiter. Dabei überrascht die persönliche Bewertung des Liberalen über seine früheren Minister Klaus Matthiesen (SPD) und Bärbel Höhn (GRÜNE). „Ich habe nur gute Erinnerungen an den Profi Matthiesen.“ Und selbst die grüne „Mutter Courage“ Höhn kommt gar

nicht schlecht weg. „Die Zusammenarbeit war durchaus in Ordnung. Auch wenn Frau Höhn natürlich eine andere politische Ausrichtung in der Umweltpolitik hat.“

Heute heißt der Umweltminister Eckhard Uhlenberg und ist ein Koalitionspartner der Liberalen. Ellerbrock mag den verlässlichen Uhlenberg, der Umweltschutz mit Augenmaß betreibt. Regelmäßige Treffen und Absprachen habe ein Grundvertrauen wachsen lassen. Das heißt nicht, dass Ellerbrock mit dem CDU-Mann Uhlenberg immer einer Meinung wäre. „Wir haben unterschiedliche Zielgruppen.“ Ellerbrock setzt darauf, dass die Politik lediglich Umweltziele vorgibt und die Wirtschaft dann nach den besten Lösungen sucht. „NRW verfügt über hervorragende Universitäten und engagierte Unternehmen.“

„ROTES TUCH“

Seit dem Jahr 2000 sitzt der Liberale als umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion im Landtag. Die frühen Jahre bis 1989 als Umwelt-Referent der Fraktion in der Amtszeit des Fraktionschefs Achim Rohde haben ihn stark geprägt: Andere Meinungen akzeptieren, aber gegen die verbreitete Technik-Feindlichkeit ankämpfen. Ellerbrock ist ein erklärter Verfechter der Kernkraft und wird damit im Landtag zum „roten Tuch“ für die Grünen. Gleichwohl schätzt der Liberale die Sachkenntnis seiner grünen Pendanten im Landtag, Reiner Prüggen und Johannes Rimmel. „Die wissen, wovon sie reden.“ Dagegen sei die SPD in der Umweltpolitik „weggebrochen“, beklagt der Politiker.

Ein Dorn im Auge ist Ellerbrock allerdings, dass sich die Grünen in ihrer Regierungszeit in den Ministerien breit gemacht haben. „Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass der rote Filz getoppt werden könnte. Das haben die Grünen aber mit Höhn geschafft.“ Heute leide die schwarz-gelbe Koalition unter vielen Durchstechereien. Vieles werde in einigen Ministerien auch von interessierter Seite verzögert.

In der eigenen Partei hat sich Ellerbrock als stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Niederrhein und Mitglied des FDP-Bundesausschusses einen Namen gemacht. Abseits der Politik bleibt da nur wenig Zeit für die Hobbys: Motorradfahren und Oldtimer. Der gebürtige Duisburger, verheiratet, zwei Kinder, liebt es mit seinem Sohn auf kräftigen Zweirädern durch die Alpen zu fahren. Seine alten Autos sucht ein Freund aus. „Da weiß ich oft gar nicht, was ich als nächstes fahre.“ Auch das ist typisch für die unkonventionelle Art des Holger Ellerbrock.

Autor: Wilfried Goebels

## FCL: Spannende Torlosigkeit

Das Salz in der Suppe – die Tore – fehlten zwar, es war aber dennoch ein begeisterndes Spiel zwischen dem Parlamentsteam Ungarns und des Landtags NRW im Düsseldorfer Paul-Janes-Stadion. Beide Teams knüpften an das hohe Niveau des Hinspiels im September vergangenen Jahres in Budapest an: Kampf und Technik gleichermaßen, Spielkunst, packende Torraumszenen, spektakuläre Torwartparaden, brillante Einzelleistungen und glänzendes Teamwork – kurz alles, was die Faszination des Fußballs ausmacht.



Beide Mannschaften boten aber auch klangvolle Namen auf, Namen, die jeden Fußballfan erstens in Erinnerungen schwelgen und zweitens hochgespannte Erwartungen hegen lassen: Langen, Puskas, Peschkes, Lorant, Kern, Varga, Kleff, Fenyvesi, Petersen, Kovacs, Tenhumberg, Szabo, Kraft, Laslo Keller, Nowack, Czibor. Und auf den Torlinien verhinderten mit großem Können Krause für den FCL und Grocics für Ungarn, dass auf der Anzeigetafel Zählbares auftauchte.

Es war ein wunderbarer Fußballabend, dessen dritte Halbzeit im Brauhaus Uerige mit einem Sangeswettbewerb zwischen den Teams endete. Der Schiedsrichter sympathisierte mit dem FC Landtag NRW und erkannte auch hier auf Unentschieden 6 : 6.

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch  
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450  
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 16. Juni bis 21. August 2007

16.6. Norbert Post (CDU)	55
18.6. Bernhard Recker (CDU)	68
21.6. Dr. Helmut Linssen (CDU)	65
23.6. Axel Wirtz (CDU)	50
26.6. Wolfgang Röken (SPD)	64
26.6. Jürgen Rüttgers (CDU)	56
28.6. Sören Link (SPD)	31
30.6. Reimund Billmann (CDU)	63
2.7. Clemens Pick (CDU)	60
7.7. Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	54
11.7. Karl-Josef Laumann (CDU)	50
12.7. Angela Freimuth (FDP)	41
15.7. Harald Giebels (CDU)	43
19.7. Hendrik Wüst (CDU)	32
22.7. Helmut Stahl (CDU)	60
23.7. Holger Müller (CDU)	60
23.7. Marlies Stotz (SPD)	48
26.7. Achim Tüttenberg (SPD)	48
28.7. Ingrid Hack (SPD)	43
29.7. Dr. Gero Karthaus (SPD)	47
1.8. Hannelore Brüning (CDU)	65
9.8. Rüdiger Sagel (GRÜNE)	52
10.8. Dr. Anna Boos (SPD)	51
10.8. Bernd Krückel (CDU)	43
18.8. Cornelia Ruhkemper (SPD)	53
21.8. Ilka Freifrau von Boeselager (CDU)	63
21.8. Werner Jostmeier (CDU)	57

**Dr. Herbert Schnoor** (SPD), Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1995, in dieser Zeit NRW-Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident (1988 bis 1995), ist Anfang des Monats 80 Jahre alt geworden. Als Innenpolitiker ist der gebürtige Ostfrieser durch sein Wirken vom Demonstrations- bis Ausländerrecht bekannt geworden. Seinen Ruhestand verbringt Schnoor in Werde bei Potsdam.

**Angelika Rüttgers** ist Schirmherrin der neu gegründeten Renate-Röhrscheidt-Stiftung. Diese Stiftung zugunsten des Kindergartenmuseums NRW in Bergisch-Gladbach soll dazu beitragen, dass die Betriebskosten des Museums auf Dauer gesichert werden. Die Frau von Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** war früher selbst Leiterin eines Kindergartens.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 14. Juni 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Am Sonntag ...

... muss man nicht immer segeln gehen, auch ein Besuch im Landtag ist möglich. Dann nämlich öffnet das Landesparlament seine Pforten, damit Bürgerinnen und Bürger jeden Alters die Eingangshalle, die „Lobby“ und den Plenarsaal besichtigen können. Landtagspräsidentin Regina van Dinter will mit der neuen Möglichkeit deutlich machen, „dass wir ein modernes und bürgerfreundliches Landesparlament haben“. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Von der Regelung, die bis zum 7. Oktober gilt, sind folgende Sonntage ausgenommen: 17. Juni, 12. August und 16. September.

Foto: Schälte